

THEPHILANTHROPIST

Die Schweizer Philanthropie im Dialog

Rester souverain

Agir à l'international sans se
faire instrumentaliser

Sovereignty

International impact without
becoming a pawn

Souverän

International wirken,
ohne zum Spielball zu werden



Die Schweiz ist ein innovatives Land mit starker humanitärer Tradition – und Teil eines internationalen Netzwerks mit komplexen Verflechtungen. Die wachsende Dominanz grosser Tech-Konzerne, neue globale Konflikte und Kürzungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stellen es vor komplexe Herausforderungen. Fest steht: Der Umgang mit den globalen Abhängigkeiten ist von zentraler Bedeutung.

Unsere Themenpartner stehen für eine Schweiz, die auch in einer zunehmend verzahnten Welt ihre Verantwortung wahrnimmt. Die Hasler Stiftung fördert den Denk- und Werkplatz Schweiz mit vielfältigen Initiativen im Bereich der ICT-Forschung, Bildung & Innovation. HEKS leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von Menschen in der Schweiz und weltweit. Das Hilfswerk arbeitet in den vier thematischen Schwerpunkten «Klimagerechtigkeit», «Recht auf Land und Nahrung», «Flucht und Migration» sowie «Inklusion».



HASLERSTIFTUNG



HEKS
Brot für alle.

02/25: Souverän | Rester souverain | Sovereignty

- Schwerpunkt
- 04 Abhängig und vernetzt
- 06 Die globale Verantwortung auf der Kippe
- 16 Wer bestimmt in der digitalen Gesellschaft?

- Netzwerk
- 21 Mit Verantwortung zur Klimagerechtigkeit
- 31 «Digitale Souveränität ohne Abschottung»

- Interviews
- 10 People are losing trust
- 24 Die Illusion der digitalen Souveränität

- Finanzbeitrag
- 14 Ignoriertes Potenzial

- Die Stiftung
- 22 «Die direkte Demokratie ist kein Hindernis, sondern eine Stärke»

- Standpunkt
- 28 «The Future is fair»

- Zahl
- 30 90%

- Ratgeber
- 32 Anlegen in turbulenten Zeiten

- Boardmanagement
- 34 Als Stiftungsrat digital am Start

- 36 Kurz informiert
- 37 Sesselrücken
- 39 Brennpunkte
- 43 Agenda



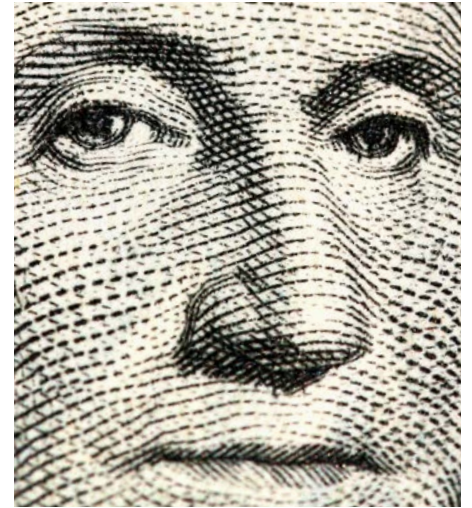
Als Branchenmagazin des Philanthropiesektors geben wir Nachrichten und Informationen von Verbänden und Institutionen im Serviceteil Raum. In der Rubrik «Sesselrücken» stellen wir neue Köpfe und Namen im Sektor vor. Haben Sie einen Beitrag? Melden Sie sich bitte bei redaktion@thephilanthropist.ch

06

‘It hit us immediately, with no advance warning’

Eyuel Fikru

10 |



24



Cover: Franz Grüter und Min Li Marti
Foto: Raffael Waldner

16



Fotos: iStockphoto/Wirestock; iStockphoto/Vieriu Adrian; Raffael Waldner

thephilanthropist.ch

> Alle Artikel und noch mehr finden Sie in Englisch, Französisch und Deutsch.
 > Retrouvez tous les articles et bien d'autres encore en anglais, en allemand et en français.
 > All articles, and more, can be found in English, French and German

Jetzt Briefing abonnieren.



Werden Sie Philanthropist
 Mit täglichen News auf thephilanthropist.ch,
 wöchentlichem Briefing-Newsletter und drei gedruckten Ausgaben jährlich bleiben Sie am Puls der Schweizer Philanthropie- und Stiftungswelt.

In einer global verzahnten Gesellschaft ist das Ideal der Eigenständigkeit eine Illusion.

—Autoren: Takashi Sugimoto, Susanne Sugimoto

Die globalen Verwerfungen haben ein Ausmass erreicht, das noch vor Kurzem kaum jemand erwartet hat. Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA hat der Schweiz vor Augen geführt, wie stark ihre Wirtschaft, ihre Gesellschaft und ihr kulturelles Selbstverständnis verwoben sind. Dazu gehören selbstverständlich auch digitale Infrastrukturen – und Fragen technologischer Souveränität und Resilienz. Dabei geht es nicht nur um die laute Diskussion über Zölle. Die daraus folgende allgemeine Verunsicherung ist fundamentaler. Sie zeigt die Abhängigkeiten für das Funktionieren unserer Gesellschaft und unserer Demokratie auf.

Wer bestimmt

Besonders augenfällig wurde dies, als Schweizer Unternehmen und Bildungseinrichtungen ihre Haltung bezüglich Diversity über Nacht angepasst haben. Dabei hat gerade die Schweiz als direkte Demokratie allen Grund, ihre eigene Rolle und Eigenständigkeit zu pflegen und zu stärken. Das ist leichter gesagt, als getan. Aber ist es wirklich unausweichlich, dass das Rückgrat jedes IT-Systems heute von Microsoft betrieben wird? Die Frage muss erlaubt sein. Aus reiner Bequemlichkeit sollten wir uns nicht in Abhängigkeiten begeben. Umgekehrt ist es fragwürdig, welche Unabhängigkeit bezüglich digitaler Infrastruktur überhaupt erreichbar und sinnvoll ist. Die Illusion, eine Unabhängigkeit erreichen zu können, kann genauso fatal sein wie die Unbekümmertheit, in der digitalen Monokultur Sicherheit zu finden.

Unabhängigkeit der Stiftung

Gerade die Struktur der Stiftung könnte eine Möglichkeit sein, um Alternativen aufzuzeigen. Dazu braucht es Mut, neue Wege zu wagen. Es bedarf der Einsicht, welche Bedeutung unabhängige digitale Lösungen und Kanäle für eine resiliente Demokratie haben. Medien sind die sogenannte vierte Gewalt im demokratischen Staat. Doch auch sie benötigen zunehmend digitale Transportwege und stehen in Konkurrenz zu sozialen Informationsmedien. Die Basis aller vier Gewalten ist zunehmend die digitale Infrastruktur. Und es bedarf der Einsicht über eigene Limiten. Keine Stiftung in der Schweiz wird eine Alternative zu Microsoft schaffen. Doch

Die Schweiz Abhängig und vernetzt –

Fr. Dépendante et interconnectée: la Suisse dans la réalité mondiale
Dans une société interconnectée à l'échelle mondiale, l'autonomie est une illusion.

En. Interdependence and interconnection – Switzerland as part of the global picture
In a globally interconnected society, the notion of independence is an illusion.



in der Realität globalen

schon nur die Stärkung der digitalen Kompetenzen ist ein erster Schritt, um das Problem überhaupt zu benennen, wie es die Hasler Stiftung tut.

Humanitäre Tradition

Dasselbe gilt für die unter Druck stehende Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz. Die vielen nationalen und internationalen Hilfswerke sind das Gesicht der humanitären Tradition. Dass unser Parlament, und damit wir, dies durch eigenständige Entscheide nun in Frage stellen, hat

Folgen für das lange währende Netzwerk, in dem sich die Schweiz bewegt. Gegenseitige Abhängigkeiten treten

offen, aber auch weniger sichtbar zutage. Die Auswirkungen des Stopps der Mittel von USAID könnten um ein Vielfaches grösser und abrupter sein.

Dennoch sollten sich auch die Schweiz und die anderen europäischen Länder der Folgen ihrer Kürzungen bewusst sein. 120 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Nie waren es mehr.

Der Grossteil sucht Zuflucht in einem Nachbarland oder einer Region nahe der eigenen Heimat. Hilfswerke vor Ort unterstützen sie. Doch sie sind bei ihrer Arbeit auf

internationale Unterstützung angewiesen. Wenn die humanitären Gelder zurückge-

fahren werden, fehlen die Mittel, um den Geflüchteten zu helfen. Die Hilfswerke

vor Ort müssen ihre Mitarbeitenden entlassen. Damit geht Know-how verloren und Strukturen werden zerstört. Die Auswirkungen sind verheerend und leider nachhaltig.

Die Einsamkeit

In der Entwicklungszusammenarbeit und in der digitalen Welt ist die globale Vernetzung systemimmanent. Dies kann nicht ignoriert werden. Entscheidungen und ihre Folgen sollten in dieser vernetzten Welt gedacht und verstanden werden. Es sind keine isolierten Handlungen. In einem Netzwerk wirken die Folgen in verschiedene Richtungen. Stiftungen und gemeinnützige Organisationen können dazu beitragen, diese Netzwerke zu stärken. Sie können das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Wichtigkeit dieser Netzwerke zu fördern.



**Abhängigkeiten:
Diskutieren Sie im
Netzwerk mit.**



Die globale Verantwortung auf der Kippe

Fr. La responsabilité mondiale sur la corde raide

Le retrait des États-Unis de l'OMS et les réductions massives de l'aide internationale menacent de déchirer le réseau de coopération. Des millions de personnes se retrouvent ainsi en profonde détresse.

En. Global responsibility on a knife edge

The US withdrawal from the WHO and the massive cuts to international aid funds threaten to tear this collaborative network asunder. This leaves millions of people in acute need.

thephilanthropist.ch

20.

Januar 2025, Donald Trump zieht am Tag seiner Amtseinführung die USA aus der Weltgesundheitsorganisation WHO zurück – ein symbolischer Akt mit gravierenden Folgen. Die WHO verliert über Nacht ihre wichtigste Geldgeberin. Hoch arbeitsteilige Projekte in Krisenregionen stehen vor dem Aus. Schnell zeigt sich, dass der WHO-Austritt nur der Anfang war: In den darauffolgenden Wochen eskaliert der Konflikt zwischen der US-Regierung und den Vereinten Nationen insgesamt. Die Trump-Administration friert Beiträge ein und droht mit massivem Mittelentzug. Die finanzielle Schiefelage, in der sich die UNO ohnehin befindet, reift gerade zu einer existenziellen Krise heran. Wenn die weltweite Entwicklungszusammenarbeit (EZ) vor einem Kippunkt steht: Was bedeutet die Situation für die Schweiz, ihre Rolle als Geberinnenland und als wirtschaftlich stark verzahnte Akteurin?

Steht die internationale Entwicklungszusammenarbeit am Scheideweg? Der Rückzug der USA aus der WHO und die massiven Kürzungen internationaler Hilfsgelder drohen das arbeitsteilige Netzwerk zu zerreißen. Auch die Schweiz muss ihre Rolle und ihre Verantwortung in einer global vernetzten Welt neu definieren.

–Autorin: Susanne Sugimoto

Mehr Flüchtlinge denn je

Laut UNHCR gibt es zurzeit weltweit über 120 Millionen gewaltsam vertriebene Menschen – so viele wie noch nie zuvor. Davon rund 38 Millionen Flüchtlinge. Zwei Drittel aller Vertriebenen stammen aus nur zehn Ländern: Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo, dem Jemen, Kolumbien, Palästina, Somalia, dem Sudan, Syrien, der Ukraine und Venezuela. Besonders belastet sind Entwicklungs- und Schwellenländer, die 71 Prozent aller Vertriebenen aufnehmen. Die jährliche UNHCR-Publikation Global Trends erscheint im Juni – bereits jetzt zeigen die vorläufigen Zahlen jedoch, dass sich der seit über zwölf Jahren anhaltende Anstieg der Vertriebenen dramatisch fortsetzt.

Gravierende Konsequenzen

Die weltweit wachsenden Flüchtlingslager und die gleichzeitig sinkenden Mittel für Aufnahme-Gemeinschaften stellen viele Gastländer vor immense Herausforderungen. Doch sind Geflüchtete nur eine Belastung? «Flüchtlinge können einen wertvollen Beitrag zur Wirtschaft ihrer Aufnahmegesellschaft leisten», sagt

Anja Klug, Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Lichtenstein.



Entscheidend dafür seien jedoch der Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt sowie eine wirkungsvolle Integrationspolitik. «Um dieses Potenzial zu entfalten,

braucht es zunächst Investitionen. Doch genau diese sind vielerorts nicht mehr gesichert.» Die Folge: Die Integration stockt – und mit ihr die Möglichkeit, dass Geflüchtete zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben etwas beitragen können. Eine durch die dramatischen Kürzungen entstandene Bruchstelle besteht bei den Programmen der lokalen Partnerorganisationen. «Wenn die Mittel für diese Strukturen wegbrechen, leidet das gesamte Unterstützungsnetzwerk, das unter anderem vom UNHCR getragen wird», so ihre Einschätzung. Denn Projekte zur Stabilisierung fragiler Staaten, zur Sicherung von Grundversorgung oder zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen müssten gestrichen oder ganz eingestellt werden. Die Konsequenzen sind gravierend: «Ohne langfristige Lösungen wächst die Instabilität in den Gastländern – und mit ihr das Risiko von Gewalt, Menschenhandel und Weiterflucht.» Fehlen die Perspektiven, wählen immer mehr Menschen den Weg in die Unsicherheit – oft auf lebensgefährlichen Routen.

Kürzung zur Unzeit

«Der russische Angriff auf die Ukraine hat in den letzten Jahren zu einer Prioritätenverschiebung im Westen geführt –



zum Nachteil vieler am wenigsten entwickelten Länder», erklärt **Manfred Elsig, Professor für Internationale Beziehungen der Universität Bern**. Der Schnitt bei den amerikanischen Entwicklungsgeldern komme just zu einem Zeitpunkt, in dem rechtsbürgerliche Regierungen in einigen europäischen Ländern bereits dramatische Kürzungen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beschlossen haben, sagt **Andreas Missbach, Geschäftsführer von Alliance Sud**. Auch das Schweizer Parla-



ment hat eine Kürzung von 110 Millionen Franken allein für das Jahr 2025 beschlossen.

Das bedeutet, gemäss einer Umfrage von Alliance Sud bei ihren Mitgliedern, dass ungefähr 3,7 Millionen Menschen nicht mehr von Hilfsprojekten erreicht werden. «Der Unterschied der US-Kürzungen zu jenen der europäischen Länder ist das plötzliche Wegbrechen», betont Missbach, und weiter, «da konnte man mit gewissen Massnahmen die Folgen noch abfedern.» Werden Projekte nicht weitergeführt, habe das unmittelbare Auswirkungen, vor allem auf die Ärmsten und jene, die auf Hilfe bei der Grundversorgung angewiesen seien, gibt Elsig zu bedenken. Er wirft ein, «brechen Gelder aus langfristigen Partnerschaften plötzlich weg – laut aktuellen Schätzungen sind es jährlich rund 50 Milliarden US-Dollar –, ist besonders die humanitäre Hilfe betroffen. Die Prioritäten verschieben sich schlagartig, das gesamte System gerät dadurch zusätzlich unter Druck. Ich kann mich an keine ähnlich radikale Veränderung erinnern.» Es habe immer wieder Paradigmenwechsel gegeben – aber nie so abrupt und einschneidend.

Kinder stark betroffen

«Alle Strukturen der UNHCR sind von den Sparmassnahmen betroffen», sagt Kluge, in welchem Ausmass, sei noch nicht überall klar. Jedoch zeichnen sich viele fatale Auswirkungen ab. Das Hilfswerk schreibt am 7. Mai dieses Jahres, dass aktuell mehr als 17,4 Millionen geflüchtete Kinder in Gefahr seien, Gewalt, Missbrauch, Menschenhandel oder Familientrennung zu erleben; damit treffen die Kürzungen die effektiv Schwächsten. UNHCR schätzt,

dass allein in Ostafrika und der Region der Grossen Seen eine Million Kinder – viele unbegleitet – verstärkt Ausbeutung und Missbrauch ausgesetzt sind. Im Südsudan wurden 75 Prozent der Anlaufstellen für Frauen und Mädchen geschlossen; rund 80'000 Überlebende sexualisierter Gewalt erhalten ab sofort keine Hilfe mehr. In der DR Kongo droht über 85 Prozent der geflüchteten Kleinkinder Staatenlosigkeit, weil Geburten nicht mehr registriert werden. Auch in Jordanien, Angola, Malawi und Kolumbien verlieren Kinder den Zugang zu Bildung, Schutz und medizinischer Versorgung.

Deutliche Spuren

Die Schweizer Entwicklungsorganisationen spüren die Kürzungen stark. «Sie sind gewissermassen Opfer ihres eigenen Erfolgs: Weil sie über Jahre hinweg hochwertige Arbeit geleistet haben, erhielten sie viele ausgeschriebene Mandate von internationalen Geldgebern wie USAID. Schweizer Organisationen geniessen einen hervorragenden Ruf», gibt Missbach zu bedenken. Möglich sei dies durch die Zusammenarbeit mit der DEZA und dem Seco, die auf Leistung und Qualität setzen und mit diesen Organisationen in Form von Leistungsverträgen arbeiten. Daraus sei eine Fachkompetenz erwachsen, die heute international gefragt sei. Von den Kürzungen stark betroffen ist Genf als globaler UNO-Standort. Einerseits sei die Entwicklungszusammenarbeit Teil der DNA der Schweizer Aussenpolitik, quasi die «Soft Power» der Schweiz neben der Menschenrechtspolitik, sagt Elsig. Doch diese Soft Power gerate unter Druck: «Es gibt Kürzungen bei internationalen Organisationen, zahlreichen öffentlich-privaten Partnerschaften und Organisationen, die sich beispielsweise für die Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose einsetzen. Aber auch

internationale Nichtregierungsorganisationen, die sich in Projekten engagieren und globale Advocacy-Arbeit machen, sind betroffen.» Die Konsequenzen seien nicht zu unterschätzen: «Es kommt hier zu teils substanziellen Kürzungen der Programme und viele Stellen werden gestrichen. Dabei geht auch Know-how verloren und die Arbeitsmoral ist betroffen.»

Verantwortung tragen

Für Missbach ist klar: Die Schweiz darf nicht schweigen. Sie darf sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Er wünscht sich deshalb zwei Dinge vom Bundesrat: «Erstens soll sich der Bundesrat zu Wort melden. Er hat bis heute zu den Kürzungen der USA nicht kommuniziert. Es brauche einen klaren Positionsbezug. Und zweitens bedürfte es eines Nachtragskredites des EDA im Parlament, um die 110 Millionen Kürzungen im Jahr 2025 wieder aufzuheben. Die Schweizer Bevölkerung würde hinter diesen Forderungen stehen, so die Ergebnisse einer ETH-Umfrage von Ende 2021 (veröffentlicht am 29. Juni 2022): 55 Prozent der Schweizer:innen befürworteten höhere Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. 80 Prozent überschätzen diese Ausgaben deutlich. Wird offengelegt, dass die Schweiz jährlich nur 350–400 Franken pro Kopf ausgibt, steigt die Zustimmung auf 71 Prozent. Auch politische Massnahmen zur Reduktion globaler Ungleichheit finden breite Unterstützung: 90 Prozent fordern strengere Regeln für Unternehmen, 76 Prozent eine wirksame Klimapolitik und 74 Prozent Massnahmen gegen Steuervermeidung. Über die Entwicklungszusammenarbeit hinaus beschäftigt sich Alliance Sud mit der Entwicklungsfinanzierung in einem erweiterten Sinne. Dazu gehören Fragen der Politikkohärenz in der Schweiz – also der Zusammenhang zwischen innen- und aussenpolitischen Entscheidungen – insbesondere dort, wo Schweizer Politik oder Wirtschaft einen ne-





gativen Einfluss auf marginalisierte Gruppen im Globalen Süden haben. Ein Beispiel dafür ist die Rolle der Schweiz als Standort für Unternehmensgewinne, die im Ausland erwirtschaftet werden, aber oft nicht dort versteuert werden, wo sie entstehen. Auch ihre Funktion als globaler Rohstoffhandelsplatz oder Sitz international tätiger Konzerne, die sich im Ausland nicht an dieselben sozialen und ökologischen Standards halten wie in der Schweiz, gehört dazu.

Globale Verflechtungen

«Die Entwicklungszusammenarbeit ist sehr wichtig für die Wirtschaftsentwicklung», sagt Elsig von der Berner Universität. Sie wirke auf mehreren Ebenen: Einerseits durch Investitionen in die Grundversorgung wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Governance, andererseits durch handelsrelevante Massnahmen, etwa Wirtschaftsförderung und Innovation. Besonders für kleinere Volkswirtschaften sei der Zugang zu regionalen und internationalen Wertschöpfungsketten und zum Handel entscheidend, erklärt Elsig, und weiter, «viele Entwicklungsländer benötigen diesen externen Support, um sich besser zu positionieren und um Exportpotenziale ausschöpfen zu können.»

Für die eigenständige Entwicklung ist neben dem Zugang entsprechendes Kapital zu haben, entscheidend, betont der Geschäftsführer von Alliance Sud. Deshalb sei der Kampf gegen die Steuerflucht so wichtig. Das sind Mittel, die den Ländern des Südens fehlen. Und er sagt: «Afrika verliert jährlich doppelt so viel Geld durch Kapitalflucht, wie es insgesamt in der Entwicklungszusammenarbeit erhält.»

Finanzflüsse umleiten

Der allergrösste Teil davon ist Steuervermeidung von Konzernen», sagt Andreas Missbach, «zu einem grossen Teil

in Zusammenhang mit der Rohstoffförderung – deshalb zeigt sich gerade in afrikanischen Ländern seit Langem, dass es grundlegende Reformen braucht.» Auf Initiative dieser Länder werde nun über eine UNO-Steuerkonvention verhandelt, was eigentlich verdeutliche, wie wenig kooperativ der Globale Norden, inklusive der Schweiz, bisher sei. Umso wichtiger sei es jetzt, umzudenken: «Man kann es sich einfach nicht mehr leisten, dass den Ländern des Globalen Südens das Geld abfließt – es muss vor Ort bleiben und das finanzieren, was heute über Hilfe geschieht.» Die 4. Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) vom 30. Juni bis 3. Juli 2025 in Sevilla könnte ein Wendepunkt sein, so Missbach: «Jetzt wäre der Moment, dass Europa und auch die Schweiz endlich handeln würden.»

Druck mit Wirkung

Die Lieferketten sind das Nervensystem der globalisierten Wirtschaft. Ein Blick über die Grenze zeigt, dass das in Deutschland seit dem 1. Januar 2023 geltende Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) Unternehmen verpflichtet, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in ihren globalen Lieferketten zu identifizieren und diesen vorzubeugen. Systematische Verstösse wie Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder Umweltzerstörung sollen damit verhindert werden. Der Pressesprecher des deutschen Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hält fest: «Die meisten verpflichteten Unternehmen sind gut bis sehr gut auf die Umsetzung des LkSG vorbereitet. Die nach Abschluss der Prüfung durch das BAFA gegebenen Hinweise werden von den Unternehmen umgesetzt. Auch im Rahmen von anlassbezogenen Kontrollen und möglichen menschenrechtlichen Verstössen nehmen die Unterneh-

men ihre gesetzlichen Verpflichtungen sehr ernst.» So haben, gemäss dem Rechenschaftsbericht 2023, erste Beschwerden und risikobasierte Prüfungen zu konkretem Handeln geführt.

Zweite Abstimmung

Reichen freiwillige Initiativen aus – oder braucht es einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen, um eine kohärente Politik zu betreiben, die Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und Wirtschaft miteinander verknüpft? Die Meinungen in der Schweiz gehen hier auseinander. Ende Mai wurde bei der Bundeskanzlei zum zweiten Mal eine breit abgestützte Konzernverantwortungsinitiative (KVI) eingereicht. Eine erste KVI scheiterte am 29. November 2020, an der Zweidrittelmehrheit der Ständesstimmen. Das Volksmehr wurde mit 50,7 Prozent erreicht.

Neuorientierung

«Die Resilienz vieler Entwicklungsländer hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich verbessert», sagt Elsig. Das zeigte sich auch während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2009: Zahlreiche Entwicklungsländer erholten sich schneller als einige OECD-Staaten. Dennoch bleibe das System verletzlich: «Klimatische Extreme oder geopolitische Spannungen treffen fragile Staaten oft mit doppelter Wucht», so der Berner Professor. Solche Erschütterungen fördern neue Abhängigkeiten und erfordern langfristige, verlässliche Unterstützung. Dafür brauche es politischen Durchhaltewillen. Ein verfrühter Rückzug westlicher Geldgeber:innen habe Folgen: «Zieht sich Europa zurück, hinterlässt es ein Vakuum, das andere Mächte schnell füllen», warnt Elsig. Tatsächlich sei zu beobachten, dass sich viele Länder des Globalen Südens zunehmend politisch an China orientieren – mit weitreichenden geopolitischen Konsequenzen. Zeigt sich der Globale Norden bereit, Verantwortung zu übernehmen – oder verstetigt sich der Rückzug ins nationale Schneckenhaus? ■

De. **Die Menschen verlieren das Vertrauen**
USAID hat seine Hilfen gestoppt. Viele Länder, auch die Schweiz, reduzieren sie. Eyuel Fikru, Programmkoordinator bei Action for a Needy Ethiopia spricht über die Folgen vor Ort.

Fr. **Perte de confiance de la part du public**
L'USAID a interrompu ses aides. De nombreux pays, dont la Suisse, réduisent leur aide au développement. Eyuel Fikru, coordinateur de programme d'Action for the Needy in Ethiopia, évoque les conséquences.

thephilanthropist.ch

People are losing trust

USAID has stopped sending aid. Numerous countries, including Switzerland, are reducing their development aid. Eyuel Fikru, Programme Coordinator at Action for the Needy in Ethiopia, talks about the consequences on the ground.

Author: Takashi Sugimoto

Action for the Needy in Ethiopia (ANE) is a local aid organisation in Ethiopia. What issues is ANE currently involved in?

As a local aid organisation, ANE is active in all regions of the country. We mainly carry out humanitarian and development cooperation projects. As a specific example: we are involved in distributing food for refugees in the Benishangul-gumuz, Oromia, Amhara and South regions of Ethiopia, and in improving hygiene and sanitation facilities in the Somali, Tigray, Afar and other regions of Ethiopia. In addition to that, we are also involved in shelter and infrastructure, environment, education and health.

Do you work with partners in these projects?

It depends on the circumstances and on the project in question. Fundraising also varies from project to project. We are currently in the process of finishing a project in the Oromia region. We received donations from UN OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) and implemented the project by ourselves with the support of government stakeholders. We also carry out projects together with partner organisations and try to form consortia. We work with numerous partners, such as the UN World Food Programme and other international aid organisations like Welthungerhilfe from Germany. We are currently working on a project that we want to implement with HEKS from Switzerland and CEFA from Italy. We have applied for funds from the Italian government.

So you collaborate with others in a variety of combinations?

How a project is structured depends on many factors. The needs of the community are just as relevant as the requirements of the donors.

What role is played by collaboration with other local organisations?

Of course, we work with many organisations in Ethiopia, both governmental and non-governmental. In order to anchor our projects with local people, we rely on this collaboration with

other local organisations. We usually work with a variety of organisations. This allows us to complement each other. It means we can support the projects more broadly. This collaborative way of working is much more effective in both assessing and addressing the community demands.

Does it also promote connection to the local community?

Of course it promotes the connection as we are strongly supported by the local community. On top of that, our grass-roots engagement has put us in a position to be more close to the people and understand what they need.

What challenges do you foresee in the coming years? Will climate change become a greater problem, for instance?

We are already facing different challenges in the different regions. In the east we had to contend with flooding, while in the south there is intermittent drought which comes every few years, where it was very significant in Borena zone due to a lack of rain for about six years. We have also been busy dealing with the consequences of an earthquake in recent months. Changes such as climate change will affect us differently in different regions. This can be difficult for livestock. In other regions, malaria is again becoming a significant problem. Above all, we have the effect of having challenges that affect several factors and several sectors. We have to deal with the consequences of droughts and floods, but also with the civil war that erupted in 2020 – that, and the consequences of that, are still having an impact. This makes it difficult to clarify what the affected people need. I see many different challenges. We need the support of international organisations.

How is ANE affected by the stoppage of help from USAID?

At the moment, we do not have any projects that directly involve USAID. We had a close relationship in the past, until 2023. But various partners with whom we work on projects used to receive support from USAID. So the loss has still hit us hard because

‘This collaborative way of working is much more effective.’

Eyuel Fikru, Programme Coordinator at Action for the Needy in Ethiopia

of that, albeit indirectly. For instance one of our largest projects supports refugees in the Benishangul-Gumuz and Amhara regions where we provide food in cooperation with WFP (World Food Program) for most of the refugees which are from Sudan due to the conflict in that country, leading many refugees to flock to our border region in recent years. In addition to food distribution, we also provide schools with food. This encourages students to attend school. These projects were majorly funded by various donor organisations, where one of the largest was USAID. We even worked with representatives of the organisation. Not only that but the budget cut has caused some organisations like UNHCR to minimise their partners and work with limited implementing partners. ANE is one of the partners to be reduced from its project implementation in UNHCR projects. As a result of this, we had to reduce the number of employees. We also had to recalculate the ▶

rations for the refugees and cut them by 15 to 16 percent. As a result, the project is losing the trust of the people who depend on this help. They are less open today than they used to be. ANE is also affected by all these measures. We were also in the process of recruiting the team for a project that depended on funding from USAID. We had to stop that, too.

Were you able to anticipate this loss of funds in any way?

As a humanitarian organisation working in development cooperation, we have an interest in what is happening internationally and we try to follow those events. We look at what might happen. We're cautious. We also kept an eye on the elections in the United States.

So you try to assess the consequences for your work and your options?

We try to think about what it means if one candidate or another is elected – what our options are. We expected a reduction in engagement. But we did not expect an immediate halt to activities. We could not foresee consequences of this magnitude. It hit us immediately, with no advance warning. That meant we couldn't react ahead of time, as we would otherwise have done. We had to lay off our employees. We didn't have any other options. Nor did the employees.

How do you feel about the fact that other countries, such as Switzerland, are also reducing their commitment to development cooperation?

In the past fiscal year – which, in Ethiopia, begins and ends in the middle of the year – more than half of the food supply budget came from abroad, according to a report in our local newspaper. That's 8.5 percent of the country's total tax volume. International organisations such as the various UN organisations, as well as many others, finance this. A reduction will therefore have a painful impact on us.

So the consequences are far-reaching?

I can give you an example of a project in the conflict-affected region of



ANE projects: food distribution in the Borena refugee camp, farming in Oromia and facility construction in Bulehore hospital (from above).

Tigray in the north. We are trying to rebuild the sanitation facilities and water station for the population, which numbers more than 10,000 people, as well as supplying seeds. We were able to launch the project in 2022 with funding from the German government, among other donors. The project was planned to go on for longer to ensure that it would be sustainable. We thought we could continue with it to cushion our exit strategy. We realised that that would be helpful for the population: we should have slowed down our exit. Local leaders and farmers could have supported the community better. Now, however, it seems that support from Germany will be discontinued at the end of the year.

And that's the end of the project?

Because, in addition to the lack of funds from the USA, the support from Germany is also ending, we have to end the project. We cannot guarantee continuity. We're going to have to lay off everyone working on this project. These are the challenges we are currently facing.

Is it only the European countries and the USA that are reducing their commitment?

The global effect is that people used to be more open to our concerns. In the past, our enquiries were answered promptly, at least. That is no longer the case today.

Do you see any prospects of other countries and organisations filling that gap?

We recently spoke with the King Salman Foundation. The organisation is based in Saudi Arabia. They usually donate on an annual basis. They come by once a year. They ensure the supply of food for two to three months. We distribute it.

Are you trying to expand this involvement?

We are examining various options. We also want to implement other projects. We are also approaching the government of Kuwait. And recently we also had a discussion with the Chinese and Japanese embassies. We expect to be



able to win over Asian countries as partners. But it won't be that easy and demands a lot of time and hard work.

Do you see any other options?

We are trying different organisations and forms of collaboration – seeing if we can apply for resources. We are also looking for new opportunities at the local level in the private sector. This could be companies with corporate social responsibility programmes. We are examining various options, but it is not easy to find additional resources. However, we do everything we can to support our organisation and, above all, the people who depend on our work.

If you no longer have funds from abroad, will the consequences go beyond the purely financial?

Of course. The impact is not just one-dimensional. As a local organisation, we rely on the experts and their expertise. They empower us in many areas. As a local organisation, we are experts in the local context. We know the local people and their needs. We know the circumstances.

And can you complement the organisations from abroad with your specialist knowledge?

There are many interdisciplinary topics where we lack expertise. For example, matters concerning gender or the issue of sexual exploitation, Cash-based interventions, the monitoring and evaluation process of our projects, successful application for funding and also effective communication and managing the different reporting systems. Usually, we receive training from the organisations we work with at the beginning of a project. They improve our capability in these areas. They also support us during the project if we have any questions. Without this collaboration, this would not happen. And, of course, the fact that we have to lay off employees has consequences.

Does this exacerbate the loss of know-how?

Our employees have built up experience over the years. They have

‘So it’s not just about the money. We are losing a lot of expertise.’

—
Eyuel Fikru

gained knowledge through numerous training courses. We are losing important employees. We will face a shortage of trained staff for new projects. So it's not just about money. We are losing a lot of expertise. And we are losing our reputation.

What does that mean?

The people who rely on us expect us to finish what we started. Up until now, besides some of the projects that are interrupted as a consequence of the USAID pause and the imminent deductions from other sources, we are trying to sustain the other projects at hand. But if we stop projects right in the middle, it directly hits our reputation as people will lose trust in our aid organisation. In addition to that, it may exceed to the extent of endangering our organisation's existence. ■

ANZEIGE



Universität
Basel

Center for Philanthropy Studies



Interdisziplinäre Weiterbildung für Nonprofit-Führungskräfte

CAS Wirkungsmanagement in NPO

Start 18. August 2025, 3 Module

Effiziente Vermittlung von Grundlagen, Methoden und Instrumenten für wirkungsorientiertes Arbeiten. Von der strategischen Steuerung über verschiedene Wirkungsmodelle bis zur umfassenden Analyse und gezielten Nutzung von Evaluationsergebnissen - alles kompakt und praxisorientiert.

Intensiv-Lehrgang

Strategisches Finanzmanagement in NPO

3. bis 7. November 2025

Vermittelt fundiertes Wissen zu den zentralen Finanzierungsarten wie Leistungsaufträgen und Spendenfinanzierung sowie effektive Methoden der Finanzplanung und Budgetierung.

www.ceps.unibas.ch





FINANZEN IM FOKUS

Fr. **Un potentiel ignoré**
Des obstacles inutiles et inflexibles empêchent les spécialistes d'accéder au marché du travail. Parallèlement, celui-ci souffre d'une pénurie de main-d'œuvre qualifiée.

En. **Ignored potential**
Unnecessary and inflexible hurdles prevent skilled workers from gaining access to the economy. Yet the economy is suffering from a shortage of skilled workers.

☉ thephilanthropist.ch

Ignoriertes Potenzial

Unnötige und unflexible Hürden verwehren Fachkräften den Zugang zur Wirtschaft. Gleichzeitig leidet diese an einem Fachkräftemangel.

—Autor: Takashi Sugimoto



«Am Anfang stand eine Sensibilisierungskampagne, die wir mit dem Schweizer Arbeitgeberverband (SAV) und Gewerbeverbänden zusammen lanciert hatten», sagt Virginia Suter, Bereichsleiterin Inland beim Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (HEKS). Die Kampagne sollte das Potenzial an Fachkräften vor der eigenen Haustür aufzeigen: Viele Menschen mit Migrationshintergrund in der Schweiz sind qualifizierte Arbeitskräfte. Eigentlich könnten sie ein Bedürfnis der Wirtschaft decken und einen volkswirtschaftlichen Mehrwert stiften. Teils unnötige administrative Hürden und fehlende Flexibilität bei den Unternehmen verhindern dies. Die Kampagne wollte auf diese Hürden aufmerksam machen und Unternehmen dafür sensibilisieren, wie sie vorhandene Ressourcen ungewollt brachliegen lassen. Es zeigte sich, dass die Sensibilisierung nur ein erster Schritt ist, um das Potenzial zu aktivieren. Aus dieser Erfahrung entstand HEKS MosaiQ: eine Fachstelle, die gut qualifizierte Migrant:innen und Geflüchtete auf dem Weg in die Arbeitswelt begleitet und der Wirtschaft hilft, das Potenzial zu nutzen. «Unser Angebot hat sich seither stark entwickelt», sagt Suter. Neben der Sensibilisierung geht es vor allem auch um, das Coaching und das Vermitteln der Kandidat:innen. Ein Schwerpunkt des Programms bildet die Unterstützung bei der Anerkennung von

Diplomen aus dem Ausland. Aber gerade bei reglementierten Berufen wie im Gesundheitsbereich gibt es Hürden, die kaum überwindbar sind. «So können Fachkräfte aus Drittstaaten ihren Beruf nicht ausüben, obwohl sie über die geforderten Kompetenzen verfügen.»

Den Code finden

HEKS MosaiQ fördert den Einstieg in einen den Qualifikationen entsprechenden Beruf. Einen anderen Weg hat Powercoders eingeschlagen. Die gemeinnützige Organisation rekrutiert Menschen mit Migrationshintergrund gezielt für die IT-Branche – ein typischer Bereich mit grossem Fachkräfteman-

«Sie wollen sich sozial engagieren und erkennen den ökonomischen Wert erst später.»

Christina Gräni, Powercoders

gel. Oft verfügen sie über einen Bachelor, Master oder gar PhD. Nur können sie auf ihrem ursprünglichen Beruf in der Schweiz kaum arbeiten, weil die Hürden zu hoch sind. Mit einer zusätzlichen Ausbildung in IT werden sie dagegen zu einer gesuchten Fachkraft. So kann ein Anwalt mit IT-Know-how für ein Unternehmen wertvoll sein – ebenso eine Mathematiklehrerin oder eine ehemalige Finanzkraft mit neuen IT-Skills. Powercoders entstand 2017 als Reaktion auf die Flüchtlingskrise. In dieser Zeit gab es bereits einen grossen Mangel an IT-Fachkräften. «Deswegen starteten wir ein IT-Upskilling-Programm», erklärt Christina Gräni, Mediensprecherin Powercoders. Anfangs lag der Fokus auf Coding. Später kamen Angebote in Data-Science, Cybersecurity, IT-Support und -Projektmanagement hinzu. «Wir haben gesehen, dass dieses Bedürfnis besteht», sagt Gräni. Diese Anpassung hat sich nun als Vorteil erwiesen. Denn gerade Jobs in der Web- und Softwareentwicklung wandern zunehmend ins günstigere Ausland. Das Angebot ist gesucht. 365 Menschen haben eine Weiterbildung bei Powercoders abgeschlossen, 90 Prozent fanden einen Praktikumsplatz und 70 Prozent eine feste Stelle. Der Flaschenhals sind die Praktikumsplätze. Nur zweimal 30 Kandidat:innen können jährlich aufgenommen werden. «Wir sind kein Ausbildungsprogramm», sagt Gräni. Kandidat:innen werden deswegen nur mit Aussicht auf eine Praktikumsstelle genommen. Passende Unternehmen zu finden, bleibt eine Herausforderung.

Sensibilisierung bleibt zentral

Das Programm HEKS MosaiQ startet für die Kandidat:innen mit einer Potenzialabklärung. Davon wurden im letzten Jahr 1000 durchgeführt. Im Anschluss folgen Coachings zur beruflichen Integration. Über 300 Coaching-Sessions hat HEKS MosaiQ angeboten, 230 Diplomanerkennungen begleitet. Zudem konnten im Programm 50 Praktika vermittelt, 62 Festanstellungen ermöglicht und 35 Weiterbildungen gestartet werden. Diese Zahlen sind nicht repräsentativ für den wahren Erfolg des Programms. Suter sagt, dass nach der Potenzialabklärung der Weg bei vielen Personen klar sei – oder finde jemand nach dem Coaching eine Stelle, muss sie dies HEKS MosaiQ nicht melden. Dennoch ist Suter überzeugt, mit der Sensibilisierung noch mehr erreichen zu können. Zum Teil scheitern Kandidat:innen, obwohl sie über anerkannte Diplome verfügen, am Rekrutierungsprozess, weil dieser zu stark 08/15-Berufserfahrungen aus der Schweiz voraussetzt. Zum Teil zeigt sich auch, dass eine Anstellung in einem verwandten Arbeitsfeld einfacher zu erreichen ist.

«Das sind die Puzzleteilchen, die wir versuchen zusammzusetzen.»

Virginia Suter, HEKS

Eine entsprechende Umschulung kann helfen, auf den vorhandenen Fachkompetenzen aufzubauen. So kann eine zeitlich fortschreitende Dequalifizierung verhindert werden. Suter stellt fest, dass insbesondere Frauen aufgrund gesellschaftlicher Strukturen, ungleicher Förderpraxis und unzureichender Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine solche Erfahrung machten. Diese Hürden abzubauen, daran arbeitet HEKS MosaiQ. «Das sind die Puzzleteilchen, die wir versuchen zusammzusetzen», sagt Suter. In vielen Bereichen wünscht sie sich mehr Flexibilität der Arbeitgeber:innen. Dies würde helfen, den Fachkräftemangel abzubauen und die Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das geforderte Sprachniveau sollte sich stärker am effektiven Bedarf orientieren. Es bleibt ein Schlüsselthema: «Gerade in Pflege- und Sozialberufen gelten hohe Anforderungen», sagt Suter. «Auch die sogenannte «Zero-Gap»-Anforderung – die Rekrutierungsstrategie mit dem Ziel einer perfekten Passung auf das Kompetenzprofil der Stellenausschreibung – ist oft ein unnötiges Hindernis.»

Wirkung mit sozialer Haltung

Powercoders kommuniziert konsequent auf Englisch – auch, weil dies die Kommunikation zwischen Teammitgliedern aus der West- und der Deutschschweiz vereinfacht. «Es ist der kleinste gemeinsame Nenner», sagt Gräni. Dennoch ist das Beherrschen einer Landessprache ein Vorteil. Die meisten Kandidat:innen erreichen ein gutes Niveau. Das macht es für die Unternehmen einfacher, die Arbeitskräfte zu integrieren. Für einige ist der soziale Aspekt Motivation zum Mitmachen. «Sie wollen sich sozial engagieren und erkennen den ökonomischen Wert erst später», sagt Gräni. «Andere starten gezielt, weil sie Fachkräfte suchen.» ■



Wer bestimmt in der digitalen Gesellschaft?

Die Chancen technologischer Entwicklungen zum Wohle der liberalen Gesellschaften zu nutzen, erfordert das Mitwirken aller Akteure.

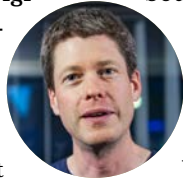
—Autor: Takashi Sugimoto



Fr. **Droit et responsabilité des sociétés numériques**
Les différentes parties prenantes sont appelées à exploiter les possibilités offertes par les développements technologiques au profit des sociétés libérales.

En. **Digital societies' rights and responsibilities**
The various stakeholders are called upon to explore the opportunities offered by technological advancement for the benefit of liberal societies.

Digitalisierung soll allen zugutekommen. «Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, braucht eine Gesellschaft die entsprechenden Angebote, und dabei ist das Vertrauen der Bevölkerung zentral», sagt **Geschäftsleiter Digitale Gesellschaft Erik Schönenberger**. «Zudem braucht es die passende Infrastruktur.» Dazu gehören ein leistungsfähiger Breitbandzugang zum Internet sowie eine durchgehende mobile Abdeckung. Nicht nur die technische Leistungsfähigkeit ist von Bedeutung. Auch die Steuerung des Datenflusses ist für eine liberale Nutzung des Netzes zentral. Noch vor fünf Jahren stand das Thema Netzneutralität weit oben auf der Agenda. Diskutiert wurde, ob gewisse Datenpakete prioritär durch das Netz geschickt werden können. Dabei hätten Netzanbieter die eigenen Dienstleistungen oder Angebote von zahlungskräftigen Kunden bevorzugen können. So weit kam es nicht. «Dank dem Einsatz der digitalen Zivilgesellschaft haben wir heute eine gute und klare Regulierung, welche die Netzneutralität sichert», sagt Schönenberger.



Damit die Digitalisierung für alle Mehrwert bringt, müssen die Dienstleistungen für alle verfügbar sein. Das trifft insbesondere für jene des Staates zu. Darüber hinaus müssen die Angebote intuitiv nutzbar sein. Nicht die Nutzer:innen sollten sich die Kompetenzen erarbeiten müssen. «Die Behörden müssen Barrieren abbauen», sagt er. Ein digital transparenter Staat, der für alle verständlich ist, stärkt das Vertrauen.

Souveränität und Vertrauen

Bei der Infrastruktur ortet **Technologiejournalistin Adrienne Fichter** jedoch grossen Handlungsbedarf in der Schweiz. Weil Behörden für die Kommunikationsinfrastruktur auf amerikanische Clouds setzten, machten sie sich erpressbar, wenn Steuerdaten oder Sozialdaten über diese fliessen würden, sagt sie. Der Glaube, dass die Daten sicher seien, weil die Schweizer Verwaltungen die Schlüssel zu den Datenbanken hätten, erachtet sie als trügerisch. «Schliesslich haben die grossen Tech-Firmen die Schlüssel für



die Verschlüsselung der Daten.» Umso dringender müsse sich die Schweiz überlegen, wo sie in der ganzen Lieferkette von Hardware und Software eigenständig sein könne. Wenn sie die digitale Souveränität stärken wolle, müsse sie sich mit Europa zusammenschliessen. Europa brauche eigene Lösungen. Regulierung alleine ist für Adrienne Fichter nicht genug. Von dieser müssten Technologien abgeleitet werden. Europa und die Schweiz müsse nun massiv investieren, auch industriepolitisch, fordert sie. Open-Source-Software müsse gefördert werden. «Das darf nicht irgendwie in der Freizeit geschehen», sagt sie. Die Technologie muss genauso performant und sicher sein wie die globale Konkurrenz. Dabei ist ihr wichtig, nicht das US-Modell mit grossen Tech-Konzernen und geschlossenen Software-Universen zu kopieren. Nach europäischen Werten braucht es Lösungen, die dem Datenschutz und der Datensparsamkeit genügen und gleichzeitig einen hohen Grad an Cybersicherheit erreichen.

Sechs Schutzziele

Die Digitale Gesellschaft plädiert beim Datenschutz für eine neue Regelung. Und sie hat ein Konzept erarbeitet. Denn die aktuelle Regelung überzeugt Erik Schönenberger nicht. «Vereinfacht gesagt bedeutet dies, wir haben das Recht auf Selbstbestimmung – aber wir müssen dieses Recht auch wahrnehmen.» Internet-Nutzer:innen müssen heute die Datenschutzbestimmungen und Cookie-Banner-Regelungen jeweils durchlesen, bevor sie die Auswahl treffen und ihnen zustimmen. Genau das will Schönenberger umkehren. Der sorgsame Umgang mit Daten sollte auf einem garantierten Grundniveau selbstverständlich sein. Und dieses dürfte nicht unterschritten werden. Im Unterschied zur aktuellen Lösung orientiert sich der Vorschlag an sechs Schutzzielen. Jede Organisation oder Behörde muss diese erfüllen. Die Ziele lauten etwa Schutz vor Diskriminierung oder Manipulation. Der Vorteil einer solchen Regelung:

Sie ist technologieunabhängig. Auch für Künstliche Intelligenz-Anwendungen (KI) stellt sie eine machbare Regulierung dar, ist er überzeugt. Und er sieht weitere Vorteile. Daten würden unter Einhaltung der Schutzziele flexibler nutzbar. Etwa könnten Gesundheitsdaten einfacher für die Forschung genutzt werden. Damit eine solche Datenschutzlösung in der Schweiz aber überhaupt eine Chance hat, muss sie von der EU akzeptiert werden. Er ist optimistisch: «Unseres Erachtens würde eine solche Schweizer Regelung mit Schutzziele weiterhin mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU kompatibel sein.»

Lösungen sind vorhanden

Daniel Säuberli weist darauf hin, dass Daten gar nicht immer gesammelt werden müssen. Es gibt heute bereits Alternativen dazu. Technologien zum besseren Schutz der Privatsphäre wie Zero-Knowledge-Proofs zeigen, dass



sich beispielsweise Anforderungen wie «über 18 Jahre» prüfen lassen, ohne dass Identitätsdaten vollständig offengelegt werden müssen. Der **Co-Gründer und Präsident von DIDAS (Digital Identity and Data Sovereignty Association)**

sagt: «Diese Technologien sind kein abstraktes Zukunftsversprechen, sondern wären bereits einsatzfähig, wenn die nötigen finanziellen Mittel für qualitative Spezifikationen, Standardisierung und regulatorische Akzeptanz sowie deren Weiterentwicklung kollaborativ und mit Nachdruck finanziert werden könnten.» DIDAS will Technologien, Produkte und Dienstleistungen voranbringen, die Privatsphäre schützen, digitale Identität ermöglichen und elektronisch verifizierbare Daten sicher nutzbar machen.

Grenzen digitaler Lösungen

Gerade bei demokratischen Prozessen stehen Digitalisierung und Datensicherheit im Fokus. Aktuell diskutiert wird die Möglichkeit des digitalen Unterschriftensammelns für Initiativen und Referenden. E-Collect kann punkten. Das liegt auch an der Schwäche des Sammeln auf Papier. Die Unterschriftenfälschungen der jüngsten Vergangenheit haben dessen Anfälligkeit gezeigt. Hier könnte E-Col-

lect Vorteile bringen. Erik Schönenberger sieht aber auch Grenzen. E-Voting beurteilt er kritisch. Das Problem: Es bestehen drei sich widersprechende Anforderungen. Die Stimmen müssen korrekt ausgezählt werden, das Stimm- und Wahlgeheimnis muss gewahrt bleiben und zugleich braucht es Transparenz, die eine allfällige Nachzählung ermöglicht. Technisch lösbar wäre es. «Aber die Lösungen sind sehr komplex. Nur wenige könnten dies nachvollziehen», sagt er. Sind diese Prozesse aber nicht mehr nachvollziehbar, können Ergebnisse leicht mit Misstrauen diskreditiert werden. «Dies wäre demokratiepolitisch sehr heikel.»

Mensch und Technologie

Vertrauen und Sicherheit sind zentral für die digitale Identität. Heute fehlt die E-ID in der Schweiz. «Dabei werden erst mit ihr aus Daten nachvollziehbare, überprüfbare und rechtlich belastbare Informationen», sagt Daniel Säuberli. In Vorreiterländern wie Estland liegt die Nutzung bei 99 Prozent. Die Schweiz steht dagegen noch am Anfang mit dem neuen E-ID-Gesetz für natürliche Personen. «Sicherheit, Selbstbestimmung und Nutzerfreundlichkeit müssen Hand in Hand gehen», sagt Säuberli. Und in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft steigt die Bedeutung des Schutzes vor Cyberkriminalität. «Die globalen jährlichen Schäden durch Cyberkriminalität werden 2024 auf rund 9,5 Billionen Dollar geschätzt», sagt er. Als Folge dürften bis 2032 die Kosten für Sicherheitsmassnahmen auf 560 Milliarden Dollar steigen.

Trotz der Bedeutung der Cybersicherheit weist Säuberli darauf hin, dass Technologie alleine die Vertrauensbasis für eine Demokratie nicht schaffen kann. «Ohne strukturelles Vertrauen durch die Verschränkung von technischen Massnahmen wie Kryptografie und der in der realen Welt geltenden Regeln durch menschliches Vertrauen bleibt der digitale Raum ein unsicheres Terrain.» Als gutes Beispiel, wie dies angestrebt werden kann, nennt Säuberli die Linux Foundation. Durch die Verschränkung von vertrauensbildenden Massnahmen sowohl auf technologischer als auch auf menschlicher Ebene will sie die Lieferkette der wichtigsten Open Source Programm-Bibliotheken transparenter gestalten.

Politik und Technologie

In die Gegenrichtung läuft die Entwicklung bei den grossen Techkonzernen. Adrienne Fichter erlebt sie zunehmend als intransparent. Noch vor 15 Jahren hätten sie auf öffentlichen Druck reagiert. Sie waren bestrebt, die Gunst der Journalist:innen zu gewinnen. Sie förderten journalistische Projekte. Diese Charme-Offensive sei weg. «Auch wenn die Schweiz als Standort für die grossen Techkonzerne an Bedeutung gewinnt, erlebe ich sie immer intransparenter, vorsichtiger und feindseliger gegenüber den Medien zu Fragen der technologischen Entwicklung», sagt sie. Dabei wäre der kritische Umgang mit diesen für eine liberale Gesellschaft von Bedeutung. Sie ist überzeugt, Entwicklungen aus Silicon Valley sind kritisch zu hinterfragen.

«Man sollte das nicht einfach eins zu eins übernehmen», sagt sie. Doch deutschsprachige Medien, gerade auch in der Schweiz, hätten die Bedeutung des Themas bisher noch verkannt. Dass Themen wie KI eher abstrakt und trocken sind, dürfte viele abschrecken, schätzt sie. Dabei geht es nicht nur um Technologie. «Wir müssen begreifen, dass es sich hierbei nicht um ein Nischenthema für ein Fachpublikum handelt», sagt sie. Es sei ein politisches Thema. Sie bezeichnet sich selbst denn auch als Politikjournalistin, auch wenn sie Techjournalismus mache. Die Medien bildeten die Bedeutung des Themas zu wenig ab. Und sie fügt an: «Auch in Bern gibt es viele digitalpolitische Themen, die kaum Beachtung finden.»

Trends antizipieren

Um gerade auch wissenschaftlich komplexe Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, arbeitet GESDA (Geneva Science and Diplomacy Anticipator) an Projekten wie dem Antizipationsobservatorium, die darauf abzielen, wissenschaftliche Informationen klar zugänglich zu machen – frei von Fake News, kuratiert von Menschen. Dazu verbindet die Initiative Wissenschaft und Diplomatie. «Beides sind wichtige Akteure», sagt Jean-Marc Crevoisier, Director Communication and Media GESDA. Die Initiative will zukünftige wissenschaftliche Errungenschaften antizipieren und zum Wohle der Gesellschaft nutzen. «Dabei orientieren wir uns an den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung der ▶



ANZEIGE

REIN INS NETZ!

Reiche dein Projekt ein:
engagement.migros.ch/reininsnetz

Ausschreibung

Vom 23. Juni bis
31. Oktober 2025

Gefördert werden Projekte und Angebote mit 2'000 bis 10'000 Franken, die digitale Kompetenzen von finanziell benachteiligten Menschen jeden Alters stärken.

 **MIGROS**
Kulturprozent

Vereinten Nationen – den Sustainable Development Goals, SDGs –, die uns als Rahmen dienen», sagt Crevoisier.

Global vernetzt

GESDA funktioniert als Think-Tank. Die Initiative identifiziert und analysiert die dringendsten wissenschaftlichen und technologischen Trends und setzt sie in konkrete Massnahmen zum Nutzen der Gesellschaft um. Dazu ist sie bestrebt, Beiträge von den besten Wissenschaftler:innen der Welt einzuholen und Akteure aus verschiedenen Sektoren und mehreren Ländern zusammenzubringen. «Wir arbeiten mit Wissenschaftler:innen auf allen fünf Kontinenten zusammen, und unsere Initiativen sind auf die ganze Welt ausgerichtet», sagt Crevoisier. GESDA verfügt über ein weltweites Netz von 2100 Wissenschaftler:innen. Diese Forscher:innen sind oft die Ersten, die wissen, was sich technologisch weltweit entwickelt. Sie geben Einblicke in globale wissenschaftliche Durchbrüche und schätzen deren Potenzial ein für die kommenden 5 oder 25 Jahre. «Ihre Erkenntnisse teilen sie mit uns und wir fassen die Analysen im GESDA Science Breakthrough Radar zusammen», sagt er.

Trends mit Wirkung

Die Ausgabe 2024 hebt mehrere wissenschaftliche Trends hervor, die in den nächsten Jahrzehnten grosse gesellschaftliche Auswirkungen haben werden. Dazu gehören der Einsatz von Wissenschaft und Technologie zur Verbesserung und Wiederherstellung von Ökosystemen. Ebenso ein Trend ist die Erforschung von Alternativen zur herkömmlichen binären Datenverarbeitung wie Quanten- und biologische Systeme oder die Verbesserung der Gehirnfunktion durch Technologie mit Gehirn-Computer-Schnittstellen. «Diese Trends erstrecken sich über alle Disziplinen – von den Natur- und Ingenieurwissenschaften bis hin zu den Sozial- und Geisteswissenschaften – und verdeutlichen die Verflechtung der heutigen wissenschaftlichen Herausforderungen», sagt Crevoisier.

GESDA ist aber auch ein Do-Tank. Und diese Arbeit ist aufwändiger. «Die Umsetzung dieser Trends in echte Initiativen braucht mehr Zeit», sagt Crevoisier.

Nehmen wir zum Beispiel die Quantentechnologie: Sie wurde zuerst im Science Breakthrough Radar 2021 vorgestellt. Während des GESDA-Gipfels 2022 entstand dann die Idee für das Open Quantum Institute (OQI), bei dem führende Vertreter:innen aus Wissenschaft und Industrie ein offenes Institut vorschlugen, um Quantentechnologien zum Wohle der Gesellschaft zu nutzen. «Diese Idee durchlief eine Inkubationsphase, in der ihre Struktur und Ziele definiert wurden. In der Zwischenzeit sicherte sich GESDA die notwendige Finanzierung, um ein Pilotprojekt zu starten, das im Frühjahr 2024 begann.»

Langfristig Vertrauen bilden

Stiftungen können eine entscheidende Rolle einnehmen bei der Finanzierung von Projekten, die direkt der Zivilgesellschaft, der öffentlichen Hand und einer verantwortungsbewussten Wirtschaft zugutekommen. «Dennoch fehlt es häufig an Verständnis, Ressourcen und strategischem Anschlag», stellt Daniel Säuberli fest. Dabei könnten solche Initiativen Räume für Experimente schaffen. Diese würden der Aufklärung dienen und zur digitalen Alphabetisierung beitragen. Sie wirken als Katalysatoren für langfristige Vertrauensbildung.

Die Stiftungen könnten auch digitale öffentliche Güter zur Verfügung stellen. Als Beispiel nennt er die Schweizer Stiftung GLEIF: Sie erstellt eine verifizierbare Organisationsidentität. «Mit dieser können Unternehmen weltweit digital nachweisen, dass sie existieren», erklärt Säuberli. Leider vermisst er gerade in der Politik, Verwaltung und Wirtschaft das Verständnis, was «Digital Public Goods» leisten können. Das führe auch dazu, dass international anschlussfähige Technologien nicht genutzt werden. Er fordert: Es braucht die Förderung wirkungsvoller, skalierbarer und offen lizenzierter Projekte. «Wenn wir langfristig tragfähige, gerechte und bezahlbare oder sogar kostenlos nutzbare digitale Infrastrukturen wollen, braucht es frühzeitig strategische, philanthropisch getragene Anschubfinanzierung», sagt er. Solche Digital Public Goods sind entscheidend, um eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Interoperabili-

tät. Säuberli: «Wir müssen die digitalen Systeme so gestalten, dass sie über Silos und Grenzen hinweg vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Nur dann wird aus Technologie echte Wirkung.»

Mehr ist möglich

Philanthropische Stiftungen sind für die Existenz von GESDA unerlässlich. Sie stellen zwei Drittel des jährlichen Betriebsbudgets zur Verfügung. «Ohne ihre Unterstützung würde GESDA einfach nicht existieren», sagt Jean-Marc Crevoisier. Und sie können noch mehr tun. Säuberli ist überzeugt: «Die Schweiz hat das Potenzial, eine führende Rolle bei der Gestaltung einer digitalen Zukunft einzunehmen – einer Zukunft, die auf der Stärkung der digitalen Selbstbestimmung von Individuen und Organisationen beruht und durch vertrauenswürdige Sicherheitsmechanismen ermöglicht wird.» Dabei geht es nicht um einfache Logins oder Zugriffsrechte – es geht um einen grundlegenden Wandel: den Aufbau digitaler Beziehungen, in denen Menschen und Organisationen ihre Daten mitnehmen und selbstbestimmt nutzen und teilen können. Das bedeutet, dass wir nicht von den Spielregeln der grossen Konzerne abhängig sind, sondern das Spielfeld nach unseren eigenen Werten und Regeln gestalten können.

Digitale «Schutzburg»

Wir stehen an einem kritischen Punkt, an dem wir noch die Chance haben, eine digitale «Schutzburg» zu errichten, um unsere Handlungsfähigkeit im digitalen Raum zu sichern. Diese Infrastruktur ist ein zentrales Element künftiger digitaler öffentlicher Dienste – eine Art digitales Rückgrat –, das nur gemeinsam mit dem Staat aufgebaut werden kann. Säuberli: «Denn es ist nicht gewinnorientiert, sondern dient dem Gemeinwohl – insbesondere in der Schweiz, wo das Vertrauen in Institutionen hoch ist. Es geht darum, die digitalen Schienen von morgen zu verlegen – auf Basis von Prinzipien, die sowohl individuelle Freiheit sichern als auch staatlicher Übergriffigkeit klare Grenzen setzen.» ■

Mit Verantwortung zur Klimagerechtigkeit

Klimagerechtigkeit ist jetzt: Karolina Frischkopf, Direktorin HEKS, setzt auf die Verantwortung der Industrienationen – durch Emissionsreduktion, soziale Gerechtigkeit und konsequente Einbindung der am stärksten Betroffenen.

_Interview: Susanne Sugimoto

Inwiefern sehen Sie die Klimakrise als Folge und gleichzeitig als Ursache von sozialer Ungerechtigkeit?

An der Klimagerechtigkeit müssen wir jetzt arbeiten, später ist es zu spät! Die Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die am wenigsten dazu beigetragen haben – vor allem Menschen im Globalen Süden, die schon heute oft unter prekären Bedingungen leben. Steigende Meeresspiegel, schmelzende Permafrostböden, Dürreperioden über mehrere Jahre und plötzlich auftretende Fluten zerstören Lebensräume und gefährden Existenzen. Das ist zutiefst ungerecht. Schauen wir zurück, haben die Industrienationen bis heute den Grossteil der historischen Emissionen verursacht und sie haben überproportional von fossilen Energieträgern profitiert. Sie stehen nun in einer besonderen Verantwortung.

Was muss jetzt geschehen?

Beim Thema Klimawandel – also beim Ziel Netto-Null – muss im Grunde alles gleichzeitig mit unterschiedlichen Massnahmen angegangen werden. Die Ungleichheit lässt sich nur überwinden, wenn unsere Wirtschaft fundamental umstellt und auf eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft setzt. Das ist eine riesige Aufgabe, die auf allen Seiten Anstrengungen braucht. Gleichzeitig – und das ist genauso wichtig – müssen die sogenannten



«Die Klimakrise trifft jene am stärksten, die am wenigsten dazu beigetragen haben – das ist zutiefst ungerecht.»

Karolina Frischkopf, Direktorin HEKS

«Loss and Damage»-Kosten, die vor allem im Globalen Süden anfallen, ausgeglichen werden.

Das heisst?

Länder, die sich in der Vergangenheit massiv auf Kosten anderer entwickeln konnten, stehen in der Pflicht. Sie haben riesige Mengen an CO₂ ausgestossen und so ihre wirtschaftliche Stärke und ihren heutigen Wohlstand aufgebaut. An der Conference of the Parties

COP 27 im 2022 in Scharm El-Scheich, Ägypten, wurde der «Fund for Responding to Loss and Damage» beschlossen, der genau für das gedacht ist. Zurzeit zahlen da jedoch nur Staaten ein, nicht aber die sogenannten «Carbon Majors» – die grossen Konzerne, die oft ein Vielfaches an Emissionen verursachen, teilweise mehr als ganze Länder wie beispielsweise die Schweiz.

Diese Firmen sollten künftig ebenfalls in diese Fonds einzahlen, um ihren Anteil an den Folgen ihrer Geschäftstätigkeit zu tragen.

Auf was ist weiter zu achten?

Kompensation allein reicht nicht. Es braucht auch hier Rahmenbedingungen, damit bei der Umsetzung keine neuen Probleme entstehen.

Die da sind?

Land- und Menschenrechte müssen unbedingt respektiert werden und auch Umweltschutz darf nicht unter den Tisch fallen. Es kann nicht sein, dass wir hier im Globalen Norden weiter CO₂ ausstossen – und dann irgendwo im Globalen Süden Land pachten für die Kompensation – ohne mit den Menschen vor Ort zu sprechen oder ihre Landrechte zu beachten. Zentral ist, dass die Menschen vor Ort mitentscheiden können – ganz besonders auch indigene Gemeinschaften.

Lesen Sie das ganze Interview online.
<https://thephil.ch/HEKS>



Fr. «La démocratie directe est une force, pas un obstacle»
La fondation TA-SWISS étudie les tendances technologiques d'un point de vue sociétal global. Elle agit au nom du Parlement, mais reste indépendante de tout groupe d'intérêt.

En. 'Direct democracy isn't an obstacle: it's a strength'
The TA-SWISS foundation explores tech trends from an overarching societal perspective. It acts on behalf of the Swiss parliament, but doesn't represent interest groups itself.

thephilanthropist.ch



«Die direkte Demokratie ist kein Hindernis, sondern eine Stärke»

Die Stiftung TA-SWISS untersucht technologische Trends aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Sie handelt im Auftrag des Parlaments, vertritt selbst aber keine Interessensgruppen. Vielmehr stellt sie ihre Analysen der Politik und der Stimmbevölkerung als Grundlage für den Umgang mit neuen Technologien zur Verfügung und trägt so zur demokratischen Meinungsbildung bei.

—
_Autorin: Béatrice Koch

Hinter dem sperrigen Begriff «Technologiefolgen-Abschätzung» steckt ein Forschungsgebiet, das sich mit den Trends von neuen Technologien und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft befasst. Ab den 1970er-Jahren breitete sich die Idee von den USA nach Europa aus. Auch in der Schweiz erkannte das Parlament, dass es ein ständiges Monitoring braucht, um mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten. 1992 beauftragte es den Schweizerischen Wissenschaftsrat, ein nationales System für Technologiefolgen-Abschätzung (TA) aufzubauen. Seit 2016 ist «TA-SWISS» als gemeinnützige Stiftung organisiert und als Kompetenzzentrum Teil der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Im Auftrag des Parlaments beobachtet und analysiert sie die Chancen und Risiken neuer Technologien – und das immer interdisziplinär: «Wir untersuchen die technischen Gegebenheiten immer unter Einbezug der sozialen, politischen, ökonomischen, ökologischen, ethischen und rechtlichen Aspekte», erklärt TA-SWISS-Geschäftsführerin Elisabeth Ehrensperger. «So stellen wir sicher, dass keine Fragen oder Perspektiven unter den Tisch fallen.» Dafür wendet TA-SWISS auch verschiedene Mitwirkungsverfahren wie Stakeholder-Workshops, runde Tische oder Fokusgruppen-Gespräche mit Bürger:innen an.

Unabhängig tätig

Obwohl die gemeinnützige Stiftung im Auftrag des Parlaments handelt und vollumfänglich durch öffentliche Gelder finanziert ist, sei sie unabhängig, betont Ehrensperger: «Wir haben freie Hand, sowohl was das Agendasetting als auch die Durchführung unserer Studien angeht.» Nicht das Parlament oder die Forschung, sondern der Leitungsausschuss von TA-SWISS bestimmt, welche Themen und Projekte weiterverfolgt werden. Um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten, geht die Stiftung systematisch vor: Jede Studie wird öffentlich ausgeschrieben und

mithilfe von wechselnden Fachpersonen und Partnerorganisationen durchgeführt. Ausserdem hält sich TA-SWISS bei konkreten Empfehlungen an die Politik zurück. «Wir zeigen Handlungsoptionen auf und betreiben keinen politischen Aktivismus», erklärt Ehrensperger. «Unsere Aufgabe ist es, Chancen und Risiken von neuen Technologien für sämtliche Interessensgruppen aufzuzeigen, damit sich diese eine eigene Meinung bilden können.» Eine zentrale Aufgabe von TA-SWISS ist deshalb die Öffentlichkeitsarbeit: Sämtliche Studienergebnisse werden der Bevölkerung an einer Medienkonferenz vorgestellt sowie als Kurzfassung und in verständlicher Sprache zugänglich gemacht: «Man muss kein Experte sein, um unsere Studien zu verstehen», versichert die Geschäftsführerin.

Nutzen versus Souveränität

TA-SWISS befasst sich mit den drei Themenbereichen Biotechnologie und Medizin, Digitalisierung und Gesellschaft sowie Energie und Umwelt. Dabei ist Digitalisierung der Bereich, in dem zurzeit am meisten geforscht wird und der alle anderen Bereiche durchdringt.



So hat die Stiftung vor Kurzem eine Studie zu digitalen Währungen publiziert – ein Thema, das für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung ist, gemäss Ehrensperger aber in der Bevölkerung

bisher noch auf geringes Interesse stosse – obwohl es mit der noch hängigen Bargeldinitiative oder den Plänen der EU für einen digitalen Euro durchaus aktuelle Aufhänger gebe. Die Studie beleuchtet unter anderem ein Spannungsfeld, das sich immer auftut, wenn es um Digitalisierung geht: das Abwägen zwischen dem Nutzen, den die Technologie für Gesellschaft und Staat mit sich bringt, und den damit verbundenen Risiken für die Souveränität des Staats beziehungsweise die Integrität des Einzelnen. Denn einerseits ist es durchaus effizient, wenn durch Digitale Franken spezifische Zahlungen programmiert und automatisch getätigt werden können. Andererseits besteht bei solchen neuen Formen von digitalem Geld auch die Gefahr von Überwachung und Datenmissbrauch – zum Beispiel wenn programmiertes Geld mit

einer Identitätsprüfung verbunden wird. Die Studie kommt daher zum Schluss, dass neue digitale Währungen in der Schweiz Bargeld ergänzen, aber nicht ersetzen dürfen. Ganz grundsätzlich müsse für Dienstleistungen, bei denen der Staat ein Monopol hat, immer eine Offline-Lösung angeboten werden, findet Ehrensperger: «Es muss weiterhin möglich sein, ohne Smartphone ein Zugticket zu lösen oder seine Steuererklärung auszufüllen, ohne dass einem daraus ein Nachteil entsteht.» Diese Option stehe aber bereits ziemlich unter Druck.

Handlungsspielraum nutzen

Was die digitale Souveränität des Staats angeht, sei eine völlige Unabhängigkeit u.a. angesichts der Dominanz grosser Tech-Unternehmen und der globalen Zusammenhänge illusorisch, so die TA-SWISS-Geschäftsführerin. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn man bei der staatlichen Infrastruktur eine gewisse Diversifizierung anstreben und nicht alles auf eine Karte setzen würde – so wie das etwa bei Geldanlagen selbstverständlich sei. «Wir dürfen vor der rasanten Entwicklung der neuen Technologien, die zurzeit wie eine grosse Welle über uns hinwegzurollen scheint, nicht kapitulieren. Stattdessen sollten wir uns darauf besinnen, welchen Handlungsspielraum wir im Rahmen unseres Rechtsstaats haben.» Dafür müsse man aber als Gesellschaft aushandeln, wie man die neuen Technologien nutzen möchte – und zwar in einem demokratischen Entscheidungsprozess. Angesichts der aktuellen Krisen setze man grosse Hoffnung in rasche technologische Lösungen, so Ehrensperger: «Für demokratische Prozesse bleibt dann vermeintlich keine Zeit.» Dabei werden gemeinsam gefällte Entscheide von der Bevölkerung langfristig akzeptiert: «Die direkte Demokratie ist kein Hindernis, sondern eine Stärke.» Und neben allen Risiken wie Fake-News oder Polarisierung, welche die Digitalisierung für die Demokratie mit sich bringt, eröffnen sich durch sie auch neue Möglichkeiten für die allgemeine Meinungsbildung: Denn mit KI oder Social Media erreicht man auch Menschen, die mit der Politik eigentlich schon abgeschlossen haben. ■

Die Illusion der digitalen Souveränität

Kann die Schweiz digital souverän sein? Co-Präsidentin Min Li Marti und Franz Grüter, Co-Präsident der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit, sprechen über Abhängigkeiten, Souveränität und Regulierung.

—Autor: Takashi Sugimoto —Fotos: Raffael Waldner

Angesichts der Dominanz von Techkonzernen wie Microsoft und Alphabet stellt sich die Frage: Was bedeutet digitale Souveränität?

Min Li Marti: Interessant ist, dass alle unter Souveränität etwas anderes verstehen. Jeder und jede passt die Definition seinen Ansichten an. Für

die einen braucht es besonders gute Standortbedingungen für Unternehmer:innen, für andere Open-Source-Programme oder eine Industriepolitik. Die Frage der Abhängigkeit beschäftigt uns in der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit schon länger.

Die aktuelle geopolitische Lage hat diese Frage allerdings sehr viel aktueller werden lassen.

Franz Grüter: Eigentlich versteht man unter dem Begriff der Souveränität einen Idealzustand, dass wir völlig

«Das Risiko-
kapital fehlt.»

Franz Grüter, Nationalrat SVP



Fr. **L'illusion de la souveraineté numérique**
La Suisse peut-elle être souveraine sur le plan numérique? Min Li Marti et Franz Grüter, membres de la coprésidence du Groupe Parlementaire pour un numérique responsable, évoquent les dépendances, la souveraineté et la régulation.

En. **The illusion of digital sovereignty**
Can Switzerland have digital sovereignty? Min Li Marti and Franz Grüter, Co-Presidents of the Parliamentarian Group for Digital Sustainability, discuss dependencies, sovereignty and regulation.

thephilanthropist.ch



«Vielleicht ist die komplette Autarkie ja gar nicht unbedingt wünschenswert.»

Min Li Marti, Nationalrätin SP

autark, völlig unabhängig wären. Dass wir national alles unter Kontrolle haben. So könnte niemand Druck ausüben oder die digitalen Instrumente abstellen. Die Abhängigkeitsfrage geht jedoch über diese internationalen Grosskonzerne hinaus. Etwa bei der Chip-Technologie bestehen grosse Abhängigkeiten. Da ist zurzeit die ganze Welt von Taiwan abhängig, auch wenn nun Fabriken in Japan, in den USA und Europa gebaut werden. Diese werden die Abhängigkeit abbauen können. Es wird aber fünf bis acht Jahre dauern. Abhängigkeiten haben wir auch bei der Software, etwa bei Cloudlösungen. Und es gibt die physische Infrastruktur, die Rechenzentren. In diesem Bereich bin ich selber beruflich tätig. Hier nimmt die Schweiz eine sehr dominante Rolle ein.

Das heisst, hier ist die Schweiz unabhängig?

FG: Es gibt sehr viel Infrastruktur in der Schweiz. Aber bei der eingesetzten Hardware selbst sind wir komplett abhängig. Von den Komponenten, die wir benötigen, wird nichts in der Schweiz oder in Europa hergestellt. Kurz: Wir haben sehr weite Bereiche, in denen Souveränität wünschenswert

ist. Es ist aber schlicht unrealistisch, diese in den nächsten Jahrzehnten, oder gar Jahren, zu erreichen.

MLM: Ich sehe dies gleich. Wir können das bedauern. Fakt ist: Wir haben eine Art globalisierte Arbeitsteilung. Das betrifft ja nicht nur technologische Dinge. Es betrifft relativ viele Waren des täglichen Gebrauchs, bei denen wir überhaupt nicht autark sind – und zwar schon lange. Und vielleicht ist die komplette Autarkie ja gar nicht unbedingt wünschenswert. Sie war möglicherweise schon immer eine Illusion.

Und das ist gut?

MLM: Was wir uns überlegen müssen: Es gibt Dinge, für die wir aus Gründen der nationalen Sicherheit, oder weil sie besonders schützenswert sind, eine gewisse Unabhängigkeit haben sollten. Dazu gehört eine eigene Cloud-Infrastruktur, die nun mit der Swiss Government Cloud gebaut werden soll. Zum Teil reicht es auch schon, nicht nur von einem Anbieter abhängig zu sein. Dieses Problem betrifft nicht nur die Bundesverwaltung. Das trifft auch für einen grossen Teil der Wirtschaft zu. Die hohe Durchdringung von

Microsoft-Lösungen ist ein Beispiel. Ich sehe das durchaus kritisch. Ich frage mich, ob das gesund ist und Innovation fördert.

Ist eine totale Souveränität überhaupt erreichbar?

FG: Wenn wir das erreichen möchten, ginge es wahrscheinlich Jahrzehnte. Wenn wir unabhängiger und souveräner werden wollen, dann müsste es auch in Europa Techfirmen geben, die auf dem Level der USA und China konkurrenzfähig mithalten können und innovativ sind. Das sehe ich in absehbarer Zeit nicht. Deswegen müssen wir einen Mittelweg finden.

Wie sieht dieser aus?

FG: Der Bund hat entschieden, dass er seine gesamten Daten triagiert. Dabei bewertet er, was absolut sensitiv ist. Diese Daten verlagert er nicht in eine öffentliche Cloud. Stattdessen betreibt er ein eigenes Rechenzentrum und eigene physische Server. Natürlich sind diese im Ausland eingekauft. Dennoch ist dies eine Annäherung an eine gewisse Unabhängigkeit in der Infrastruktur. Das ist ein Kompromiss, den wir wahrscheinlich erreichen können. ▶

Aber wäre die absolute Souveränität überhaupt wünschenswert?

FG: Nach einem weitreichenden Hackerangriff hat Estland ausserhalb des Landes eine zweite nationale digitale Infrastruktur redundant aufgebaut. Das macht sie etwas weniger angreifbar. Wahrscheinlich braucht es solche Redundanzen an verschiedenen Standorten und bei mehreren Lieferanten.

MLM: Eine komplette Souveränität ist weder irgendwie realistisch noch wünschenswert. Eine Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg ist in vielem angezeigt. Wahrscheinlich ist der Versuch, das Risiko zu verlagern sinnvoll. Wir sollten nicht nur auf einen Anbieter oder eine Strategie setzen. Insofern hat die aktuelle Situation durchaus Positives. Für Europa ist sie ein Weckruf, um jetzt tätig zu werden. Denn oft wird in all diesen Diskussionen unterschätzt, dass die Staaten meistens eine aktive Rolle in der Innovation der Technologie haben. Sowohl die USA als auch China betreiben eine sehr aktive Industriepolitik. Die technologische Dominanz dieser Länder hat mit einer politischen Weichenstellung zu tun und nicht mit einer reinen Deregulierung. Da wurde sehr viel Geld investiert. Europa hat das nicht getan. Wie die Schweiz macht auch Europa aus Prinzip keine Industriepolitik. Ich sage nicht, dass wir das machen müssen. Dennoch: Betrachten wir die Abhängigkeit der Raumfahrt von privaten Firmen, ist diese grundsätzlich problematisch. Es kann uns nicht egal sein, wenn Elon Musk Starlink abstellen oder verlagern will. Hier hat eine Einzelfirma eine wahnsinnige Machtfülle. Das hat man einfach zugelassen, weil man ein wenig Geld sparen wollte. Oder man fand es nicht prioritär. Und hier rächen sich teilweise politische Fehlentscheidungen, die man in Europa und in der Schweiz gemacht hat.

FG: Ein gutes Beispiel, wie man unabhängiger werden kann, ist Airbus. Europa wollte nicht von Boeing abhängig sein. Damals beschloss man in Europa: Wir bauen einen eigenen Flugzeughersteller. Heute ist Airbus international konkurrenzfähig. Natürlich wäre es

«Kurz: Wir haben sehr weite Bereiche, in denen Souveränität wünschenswert ist.»

Franz Grüter

auch in der Raumfahrt wünschenswert, es gäbe neben Starlink einen zweiten oder gar dritten Anbieter. Wieso gelingt Innovation in Europa nicht auf diesem Level und mit dieser Geschwindigkeit? Das Risikokapital fehlt. Das sind ja meistens Milliarden Investitionen, die notwendig sind. In den USA herrscht einfach ein anderes Klima.

MLM: Etwas aufbauen braucht viel Zeit und Geld. Dabei steht manchmal Komfort gegen Sicherheit und mehr Unabhängigkeit. Besteht die Wahl zwischen einer Open-Source-Lösung und Microsoft 365, fällt die Wahl schnell auf das Microsoft-Produkt, weil das alle kennen.

FG: Wenn ich heute in der Verwaltung oder bei IT-Verantwortlichen in grossen Unternehmen frage, dann sagen sie: Die Tech-Konzerne bieten ein Produktportfolio mit einem hohen Innovationslevel und einer Cybersicherheit, in die sie Milliarden investieren. Da kann eine Open-Source-Lösung kaum auf Augenhöhe mithalten. Deshalb ist es für mich heute unrealistisch, dass eine Bundesverwaltung all diese Tech-Konzerne ausschliesst.

MLM: Aber hat man nicht den Zeitpunkt verpasst, um Open Source entsprechend weiterzuentwickeln? Nehmen wir das Beispiel von Airbus. Diese waren auch nicht von Anfang an auf Augenhöhe mit Boeing. Man hat erst viel investiert. Bei Open Source hat man diesen Schritt nie gemacht.

FG: In der Flugzeugindustrie geht es um eine Maschine, um physische Hardware. Es ist ein grosser Unterschied zum Softwarebereich. Das zeigt

GAIA-X, das europäisches Cloud-Projekt. Obwohl die Entwicklung schon Jahre dauert, ist es nicht ansatzweise auf einem Level, das mit amerikanischen Tech-Anbietern vergleichbar wäre. Der Staat ist nicht in der Lage, Unternehmer zu sein und selbst Innovationen hervorzubringen.

MLM: Die Geschichte der Technologie ist begleitet von gescheiterten Erfindungen. Selbst Facebook hat mit Metaverse einen totalen Flop produziert. Nur der Staat darf nicht so einfach scheitern. Man würde dem Staat das Scheitern nicht zugestehen und ihn nochmals probieren lassen. Das ist ein Teil des Problems.

FG: Das stimmt. Ich glaube, das hängt wahrscheinlich auch ein bisschen mit unserer Kultur zusammen. Ich bin seit 30 Jahren in der IT-Industrie. Ich habe viele Projekte erlebt, in denen Geld versenkt worden ist. Aber immer wieder gab es einzelne Erfolgsstorys. Ich würde nicht sagen, dass es bei uns unmöglich ist, wieder anzufangen. Aber du bist relativ schnell gebrandmarkt.

MLM: Auch die Grösse spielt eine Rolle. Ich war im Film tätig. Dort gibt es die Formel, dass in Hollywood von 100 Drehbüchern 99 unbrauchbar sind, aber eines wird vielleicht ein Hit. In der Schweiz hast du gar keine 100 Autoren und Autorinnen, die ein Drehbuch schreiben.

FG: Das ist ein guter Vergleich. In der IT-Industrie gibt es bei den Amerikanern die Regel: Ich investiere in zehn Projekte. Drei schreiben einen Totalverlust, vier sind «naja» und zwei oder drei explodieren. Mit diesen finanziert

man den Verlust. Und unter dem Strich hat man Mehrwert geschaffen.

MLM: Das meine ich. Wir sind zu klein. Für die Autarkie ist das entscheidend. Allein wegen unserer Grösse haben wir gewisse Abhängigkeiten.

Aber wären Stiftungen prädestiniert, um mit mehr Risiko zumindest kleinere Projekte zu ermöglichen?

MLM: Ich habe auch schon versucht, Stiftungsgelder für diverse Projekte zu bekommen. Viele Stiftungen haben einen sehr engen Zweck und dann fördern sie höchstens ein Projekt, das klar definiert ist. Theoretisch wäre diese Risikobereitschaft vielleicht da und sicher gibt es Beispiele. Aber eine grosse Risikobereitschaft bei Stiftungen, in Innovationen zu investieren, habe ich nicht wahrgenommen.

Hat die Schweiz auch schon etwas erreicht?

FG: Die Schweiz hat sich in den vergangenen zehn Jahren einen hervorragenden Status in der Beherbergung der Daten erarbeitet. 2010 hat diese Entwicklung angefangen. Mit den Enthüllungen von Edward Snowden in den USA 2013 hat das Thema nochmals einen riesigen Schub erhalten. Bei Unternehmen und Staaten ist das Bedürfnis gewachsen, die physische Beherbergung der Daten an einen sicheren und stabilen Ort zu verlagern. Heute ist die Schweiz einer der bedeutendsten Standorte innerhalb von Europa für die Datenspeicherung. Wir haben pro Kopf die grösste Rechenzenterdichte in Europa. Umso mehr schmerzt es mich, dass das Internationale Komitee des Roten Kreuzes IKRK die Schweiz IT-mässig verlassen hat. Das IKRK arbeitet mit hochsensitiven Daten, an welchen andere Staaten ein hohes Interesse haben. Das IKRK hat die Speicherung dieser Daten nach Luxemburg transferiert. Luxemburg hat mit der E-Embassy einen Rechtsrahmen geschaffen, eine internationale Hoheitszone. Auf dort gelagerte Daten hat formell kein Staat Zugriff.

Lässt sich die Souveränität mit Regulierung stärken?

FG: Aus meiner Sicht hat die Schweiz bis jetzt einen recht pragmatischen Weg gewählt. Wir ermitteln ganz sensitive Daten. Diese speichern wir gezielt in Rechenzentren im nationalen Besitz. Was ich völlig ablehnen würde, sind irgendwelche Verbote von einzelnen Herstellern.

MLM: Ich denke, wir müssen offener sein zu Alternativen, als dies heute der Fall ist. Wir sollten versuchen, die Abhängigkeit von diesen grossen Tech-Konzernen zu reduzieren. Wir sollten sie nicht grundsätzlich verteufeln. Aber gewisse Anstrengungen wären sinnvoll. Hier haben wir vielleicht zu wenig gemacht. Auch Ausschreibungen sollten wir offener gestalten. Kategorisch zu sagen, wir brauchen nie mehr Microsoft-Produkte, ist wahrscheinlich nicht realistisch. Aber etwas mehr Offenheit gegenüber Alternativen finde ich sinnvoll. Zudem warten wir ja noch auf den Bericht des Bundesrates zum Postulat von Heidi Z'graggen zur digitalen Souveränität.

FG: Es braucht Regulation, aber insbesondere Innovation. Diese Problematik ist vergleichbar mit dem Thema Freiheit und Sicherheit. Gerade hier haben Demokratien grosse Herausforderungen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Digitalisierung – und da gehört auch die Souveränitätsfrage dazu – die Freiheit der einzelnen Bürger nicht zunehmend einschränkt. Die Themen überschneiden sich bei der wichtigen Frage: Wer hat eigentlich Zugriff auf die Daten?

MLM: Die Frage der Privatsphäre ist tatsächlich wichtig. Wenn wir die sozialen Medien beispielsweise wegen des Jugendschutzes regulieren, kann

dies die Meinungsfreiheit beschränken, aber die Einschränkung ist aus Gründen des Jugendschutzes vielleicht sinnvoll. Das heisst, man muss auch eine Güterabwägung vornehmen. Ich glaube aber nicht, dass eine Regulierung per se Innovation verunmöglicht. Gerade Standardisierungen können sogar hilfreich sein.

FG: Ich plädiere auch nicht für keine Regulierung. Aber die KI-Verordnung (Künstliche Intelligenz) der EU bspw. kann dazu führen, dass Anbieter von KI-Programmen nicht mehr nach Europa kommen, weil ihnen der Umgang mit der Regulierung zu aufwändig ist. Ich möchte verhindern, dass wir mit übertriebener Regulierung die Innovation abwürgen.

Und welche Rolle soll die Zivilgesellschaft spielen?

MLM: Es ist eine Frage, was tatsächlich die Aufgabe der Politik und des Staates ist. Wie muss er für Rahmenbedingungen sorgen, die Alternativen ermöglichen. Die Verantwortung auf die Zivilgesellschaft abzuschieben ist zu einfach. Es sind Diskussionen, die erst in gewissen Kreisen sehr intensiv geführt werden. In der Bevölkerung gibt es aber dennoch sehr viel Unbehagen, etwa beim Schutz der Privatsphäre. Damit die Gesellschaft diese Diskussionen in der Breite führen kann, spielen zivilgesellschaftliche Gruppen eine wichtige Rolle. Viele Menschen haben das Gefühl, sie verstehen eigentlich zu wenig. Sie fühlen sich ein bisschen abgehängt. In dieser Übersetzungs- und Sensibilisierungsarbeit, aber vielleicht auch in der Lobbyarbeit bei uns Parlamentarier:innen, hat die Zivilgesellschaft eine sehr wichtige Rolle. ■

«Die Verantwortung auf die Zivilgesellschaft abzuschieben ist zu einfach.»

Min Li Marti



Fr. «The Future is fair»
En période d'instabilité
économique, les principes
du commerce équitable
ont un effet stabilisateur.

En. 'The future is fair'
In times of economic
instability, Fairtrade prin-
ciples have a stabilising
effect.

○ thephilanthropist.ch

«The Future is fair»

In Zeiten wirtschaftlicher Instabilität wirken die Grundsätze
des fairen Handels stabilisierend.

_Autor: Kathrin Amacker

Die Schweiz ist Fairtrade-Weltmeisterin. Nirgendwo sonst auf der Welt ist der Konsum von Fairtrade-Produkten pro Kopf höher: konkret 112 Franken im Jahr 2024. Damit leisten Schweizer Unternehmen und unsere Bevölkerung einen wirkungsvollen Beitrag an die Stärkung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Bauern und Arbeiterinnen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Das bedeutet im Einzelnen: Zertifizierte Produzentinnen und Produzenten in Ländern des Globalen Südens konnten im letzten Jahr mehr Produkte wie Bananen, Kaffee, Kakao und Blumen zu Fairtrade-Bedingungen in die Schweiz verkaufen und erhielten zusätzlich über 13 Mio. USD an Fairtrade-Prämien, um selbstbestimmte lokale Entwicklungsprojekte umzusetzen.

Dies sind wichtige Massnahmen im aktuell schwierigen Kontext hoher Produktionskosten, spürbarer Inflation und klimatischer Verschlechterungen. Und auch die signifikanten Preissteigerungen auf internationalen Märkten, insbesondere für Kakao und Kaffee, kommen wegen komplexer und intransparenter Handelsstrukturen nur teilweise bei Bäuerinnen und Arbeitern an.

Auch die neuen europäischen Gesetze zur Nachverfolgbarkeit von globalen Lieferketten, Einhaltung hoher Produktionsstandards, Bewertung von Risiken und Abliefern von Reportings bergen sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Die Sorgfaltspflicht bezüglich Menschenrechte und Umwelt kann nicht ein-



Zur Person:

Kathrin Amacker ist Präsidentin der Stiftung Fairtrade Max Havelaar Schweiz. Sie ist eine erfahrene Führungspersönlichkeit, war in leitenden Funktionen von börsenkotierten und staatsnahen Unternehmen tätig und ist ehemalige Nationalrätin. Heute ist sie Mitglied in Verwaltungsräten, Stiftungsräten und Vorständen, u. a. bei der Universität Basel, und als Präsidentin der Schweizer Branchenorganisation für Plastikrecycling RecyPac.

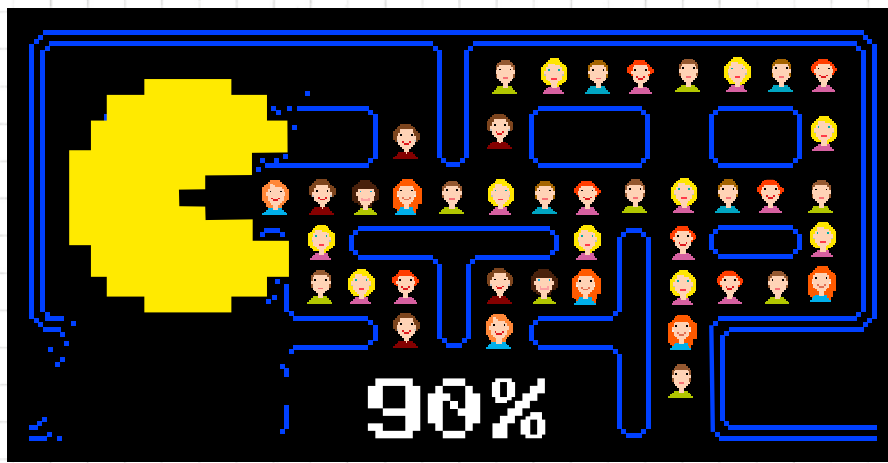
fach von Nord nach Süd delegiert werden. Sonst fallen viele Bauern und Arbeiterinnen aus dem System und rutschen mit ihren Familien unweigerlich in die Armut ab.

Auch nützt es wenig, Kinderarbeit lediglich dadurch zu bekämpfen, indem man noch mehr Auditoren in die Produzentenländer schickt. Es braucht einen ganzheitlicheren Ansatz und vor allem die Unterstützung von Kooperativen, damit sie die Gesetze erfüllen können. Armut ist der wichtigste Treiber für Kinderarbeit und muss mit einem Bündel von Massnahmen wie Sensibilisierung, Ausbildung, existenzsichernde Einkommen und zielführende Projekte angegangen werden.

Ein Beispiel wie so ein zielführendes Projekt aussehen kann? In der Kooperative SOCAMEA in Côte d'Ivoire erhielten 125 Schulkinder Fahrräder, da ihr Schulweg zu lang und zu beschwerlich war und sie so öfter zu spät oder gar nicht zur Schule kamen. Eine Befragung der Eltern zeigte kürzlich, dass sich die Schulpräsenz ihrer Kinder verbessert hat.

In Phasen wirtschaftlicher Instabilität zeigen sich die Grundsätze des fairen Handels als stabilisierend, denn sie fördern eine ganzheitliche Nachhaltigkeit. Dazu gehören soziale, ökonomische und ökologische Standards, garantierte Mindestpreise als Sicherheitsnetz gegen Marktpreisschwankungen, transparente Handelsbeziehungen und zusätzliche Fairtrade-Prämien für Handlungsspielraum vor Ort.

Ich glaube dran: The Future is fair. ■



Als global vernetzter Innovationsstandort und bedeutendes Zentrum philanthropischen Handelns steht die Schweiz im europäischen Kontext zunehmend vor der Herausforderung, ihre digitale Souveränität zu sichern und gleichzeitig die Vorteile einer gemeinsamen Datenwirtschaft zu nutzen.

—Autor: David Meier Schlerkmann

Fr.

90 %
La Suisse est de plus en plus confrontée, dans le contexte européen, au défi de garantir sa souveraineté numérique tout en exploitant les avantages d'une économie commune des données.

En.

90 %
Switzerland is increasingly faced with the challenge of securing its digital sovereignty while simultaneously reaping the benefits of a shared data economy within a European context.

OO thephilanthropist.ch

In der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 des Bundesrates figurierte die Digitalisierung erstmals als eigenständiger thematischer Schwerpunkt. Daraus resultierte die «Strategie Digitalausenpolitik 2021–2024». Sie definiert die Aktionsfelder der Digitalausenpolitik des Bundesrats. Das foraus-Diskussionspapier «Realitycheck der Ambitionen der Schweizer Digitalausenpolitik» sieht die grundsätzliche Ausrichtung der Schweiz in Bezug auf ihre Digitalausenpolitik als kohärent an. So sollen die Schweizer Interessen auch im digitalen Raum gewahrt werden. Die Rolle der Schweiz soll innerhalb der globalen Gouvernanz im Bereich Digitalisierung gestärkt werden und die Digitalisierung in bestehende Engagements einfließen. In der Strategie wurde ebenfalls festgehalten, dass sich die Schweiz «für geeignete Rahmenbedingungen einer globalen Digitalisierungs- und Datenpoli-

tik» einsetzt, die «Zugang und Nutzung von Daten zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung fördern».

Keine Dateninsel Schweiz

Am 15. Januar dieses Jahres hat die Anlaufstelle Datenökosystem Schweiz ihren Betrieb aufgenommen. Sie soll Behörden, Unternehmen und Organisationen dabei unterstützen, vertrauenswürdige Datenräume aufzubauen und das Potenzial dafür in der Schweiz besser auszuschöpfen. Dazu arbeitet sie auch mit internationalen Partner:innen zusammen. So will sie sicherstellen, dass schweizerische Datenräume mit europäischen und globalen Initiativen kompatibel sind. Die Schweiz steht im europäischen Kontext vor der Herausforderung, ihre digitale Souveränität zu wahren und gleichzeitig die Vorteile einer gemeinsamen Datenwirtschaft zu nutzen. Die zunehmende Konzentration von Daten bei wenigen internationalen Technologiekonzernen, die 90 Prozent der weltweit gesammelten Daten speichern, erhöht die Dringlichkeit, die digitale Unabhängigkeit weiter zu stärken. Die internationale Kompatibilität ist dabei essenziell, wie auch die Swiss Data Alliance in ihrem Whitepaper «Der europäische Datenraum aus Schweizer Sicht» schreibt: «Eine Dateninsel Schweiz ist nicht nur eine Illusion, sondern auch in keiner Weise erstrebenswert. Sie birgt das

Risiko, dass sowohl private Unternehmen als auch öffentliche Verwaltungen und Forschungsinstitutionen den Anschluss an den Markt für datenbasierte Dienstleistungen und Innovationen im europäischen Raum verlieren.»

Datenökosysteme

Die EU arbeitet seit 2020 am Aufbau sektorenspezifischer Datenräume. Mittlerweile werden für 14 Bereiche europäische Datenräume entwickelt. Diese sollen eine sichere Dateninfrastruktur bieten, innerhalb derer europäische Akteur:innen Daten sammeln und teilen können. Ein Drittland wie die Schweiz könnte von einem Zugang zu den Daten profitieren – dafür braucht es aber technische Interoperabilität, politische Kooperation und Vertrauen in die schweizerischen Sicherheitsstandards. Hier bergen digitale Entwicklungen der Schweiz Chancen für philanthropisches Engagement: Gemeinnützige Akteur:innen können als neutrale Vermittler:innen und Innovationsbeschleuniger:innen dazu beitragen, vertrauenswürdige Datenräume mitzugestalten. Sie können Projekte unterstützen, die Datensouveränität, digitale Inklusion und Transparenz fördern und Plattformen entwickeln, auf denen zivile Organisationen Daten sicher teilen und gemeinsam an Lösungen arbeiten – etwa in der Entwicklungszusammenarbeit. ■

«Digitale Souveränität ohne Abschottung»

In Zeiten dominanter Tech-Riesen rückt die Frage nach digitaler Unabhängigkeit der Schweiz zunehmend in den Fokus. Sinja Christiani, Geschäftsführerin der Hasler Stiftung, schätzt ein, wie die Philanthropie durch gezielte IT-Förderung die technologische Zukunft des Werkplatzes Schweiz sichert.

—Interview: Olivia Schär

Im Januar 2025 haben Sie ein neues Förderprogramm «Digitalization & Democracy» lanciert. Weshalb gerade jetzt?

Das Thema ist aktueller denn je. Die fortschreitende Digitalisierung birgt enorme Chancen, aber auch Risiken: die Verbreitung von Misinformation, der Einfluss sozialer Medien auf die Meinungsbildung oder die Schwächung unabhängiger

Medien als vierte Gewalt – und zentraler Akteur einer funktionierenden Demokratie. Als Förderstiftung von Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) wollen wir nicht nur technologische Entwicklungen unterstützen, sondern auch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung verstehen. Wir wollen Forschungsprojekte fördern, die den Zusammenhang zwischen Demokratie und Digitalisierung untersuchen, und gleichzeitig anhand der Technologie mögliche Lösungen entwickeln. Mit der Stiftung Mercator Schweiz haben wir dafür die ideale Projektpartnerin gefunden. Sie bringt neben unserer technologischen Perspektive auch sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Kompetenzen ein.

Haben die politischen Entwicklungen in den USA und der damit verbundene Rückzug der USAID-Finanzierung Ihre Entscheidung für das neue Förderprogramm beeinflusst?

Die zeitliche Überschneidung war rein zufällig. Die Entwicklungen in



«Technologie und geopolitische Macht sind heute untrennbar miteinander verflochten.»

Sinja Christiani, Geschäftsführerin
Hasler Stiftung

den USA haben aber verdeutlicht, wie Technologie und geopolitische Macht heute miteinander verflochten sind. Grosse Tech-Konzerne und ihre Vertreter rücken zunehmend an die Seite politischer Entscheidungsträger – wie etwa bei der Inauguration von Donald Trump sichtbar wurde. Das verstärkt potenziell auch die bereits genannten Risiken der Digitalisierung, die demokratische Prozesse unter Druck setzen. Diese Entwicklungen haben unserem Programm zusätzlichen

Rückenwind gegeben und aufgezeigt, dass es genau jetzt nötig ist. Die Resonanz war entsprechend gross: Über 130 Anträge sind eingegangen. Eine Auswahl ist aktuell in der Konzeptphase. Im Spätsommer fällt die finale Entscheidung, ab Oktober starten die ersten Projekte.

Im Rahmen des «Responsible AI program» fördert die Hasler Stiftung verschiedene Forschungsprojekte im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI). Welches Ziel verfolgen Sie damit?

Wir fördern derzeit neun Forschungsprojekte an Schweizer Informatikhochschulen, die neue technische Grundlagen für vertrauenswürdige und verantwortungsvolle KI-Systeme entwickeln. KI ist längst Teil unseres Alltags – seit dem Durchbruch generativer Modelle wie ChatGPT nutzen auch Menschen täglich KI, die zuvor kaum bewusst damit in Berührung kamen. Je stärker unsere Aktivitäten und Entscheidungen durch KI beeinflusst oder automatisiert werden, desto unabdingbarer ist es, dass diese Systeme unseren ethischen Werten entsprechend transparent und nachvollziehbar bleiben.

Lesen Sie das ganze Interview online.
<https://thephil.ch/hasler>





Fr. Investir lors des périodes de turbulences: comment les fondations évitent-elles les plus grandes erreurs de placement?

En avril dernier, les bourses d'actions se sont effondrées, entraînant des pertes à court terme s'élevant jusqu'à 20% pour les investisseurs suisses.

En. Investing during turbulent times: how foundations can avoid the biggest investment mistakes

Last April, the stock markets collapsed – with Swiss investors suffering short-term on-paper losses of up to 20 percent.

○○ thephilanthropist.ch



Zur Person:

Hansjörg Schmidt leitet den Bereich Stiftungen bei der Zürcher Kantonalbank. Mit seinem Team begleitet und berät er gemeinnützige Organisationen in sämtlichen Belangen der finanziellen Führung als Bankpartner. Das Spezialistenteam bietet umfassende konzeptionelle Lösungen unter Einbezug der relevanten Strategie- und Governance-Aspekte insbesondere im Bereich der Vermögensverwaltung, aber auch für Finanzierungen und alle weiteren Bankdienstleistungen.

Anlegen in turbulenten Zeiten: wie Stiftungen die grössten Anlagefehler vermeiden

Im vergangenen April brachen die Aktienbörsen ein – mit kurzfristigen Buchverlusten bis zu 20 Prozent für Schweizer Anleger. Hauptgrund: US-Präsident Trumps Ankündigung drastischer Handelszölle. Diese lösten Rezessionserwartungen aus und verunsicherten. Gerade in solchen Phasen ist es wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren.

Der Einbruch des Aktienmarkts im April war heftig, aber er verlief vergleichsweise glimpflich. Durch die Coronakrise wurden im Februar und März 2020 die Aktien der allermeisten Sektoren und Länder in einen Abwärtsstrudel gezogen. Und im Jahr 2022 waren es zuerst die steigenden Zinsen und dann der Überfall auf die Ukraine, der die Finanzmärkte in die Knie und in die schlechteste Jahresperformance seit der Finanzkrise 2008/2009 zwang. Der Swiss Philanthropy Performance Index (SwiPhiX) zeigt diese starken Rückgänge eindrücklich.

Tatsächlich zeigt der Index aber auch, dass es gerade in solchen Situationen wichtig ist, einen kühlen Kopf zu bewahren. Die meisten Rückschläge – so auch der im April – wurden innerhalb kurzer Zeit wieder wettgemacht. Eine grundlegende Erkenntnis beim Investieren lautet: Wenn die grössten Anlagefehler vermieden werden, ist bereits viel gewonnen.

Anlagefehler Nr. 1: emotional handeln

Bei heftigen Abwärtsbewegungen an den Börsen neigen Anlegerinnen und Anleger aus Angst vor dauerhaften Verlusten zu überstürzten, emotionalen Handlungen. Doch wie so oft im Leben, so gilt auch hier: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Häufig stellt sich die ergriffene Aktion hinterher als Fehler heraus. Der Markt bricht ein und Anlagen werden mit Verlust verkauft. Erholt sich der Markt, steigt

man dann erst zu spät wieder ein und realisiert, wenn überhaupt, nur geringe Kursgewinne.

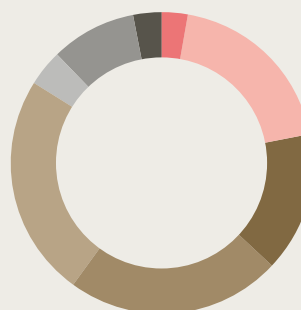
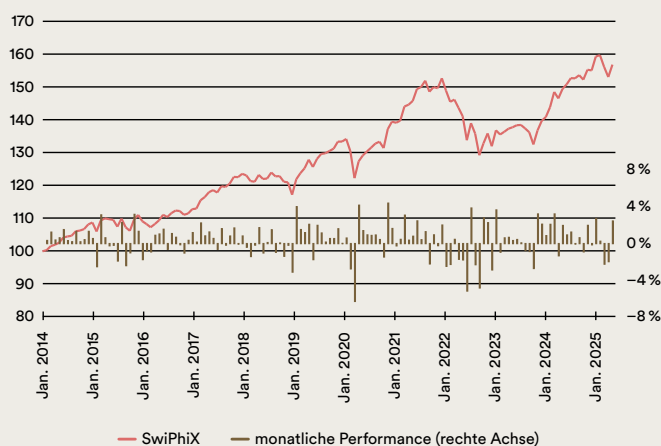
Anlagefehler Nr. 2: nicht investieren

Der grösste Fehler beim Anlegen ist, gar nicht zu investieren. Dies passiert sehr oft, beispielsweise, weil es einfach nie der richtige Zeitpunkt zu sein scheint oder weil die Angst vor der emotionalen Achterbahn bei Rückschlägen zu gross ist. Wenn eine saubere Liquiditäts- und Reserveplanung gemacht ist, kann für das weitere Stiftungskapital eine Anlage erwogen werden, denn das langfristige Renditepotenzial ist beträchtlich. Der SwiPhiX zeigt eindrücklich auf, dass ein typisches Stiftungsportfolio jährlich im Durchschnitt etwa 4 Prozent Rendite abwirft. Das sind 4 von 100 Franken, die jedes Jahr dem Stiftungszweck zugeführt oder für den Stiftungsbetrieb verwendet werden können.

Anlagefehler Nr. 3: mangelnde Diversifikation

Ein sehr häufiger Fehler beim Investieren ist, dass «alle Eier in denselben Korb gelegt» werden, also beispielsweise, dass ein grosser Teil des Anlagebetrags in Aktien eines einzelnen Unternehmens gesteckt wird. Fällt der Aktienkurs, drohen herbe Verluste, und bei einer Pleite des Unternehmens sogar ein Totalausfall. Dieser typische Fehler beim Investieren lässt sich vermeiden, indem die festgelegte Anlagestrategie eine Reihe von Anlageklassen

Swiss Philanthropy Performance Index (SwiPhiX)



Liquidität	3%
Obligationen CHF	19%
Obligationen Fremdwährung	15%
Aktien Schweiz	23%
Aktien Industrieländer	24%
Aktien Schwellenländer	4%
Immobilien indirekt	9%
Alternative Anlagen	3%

berücksichtigt. Dazu sollte der Anlagebetrag innerhalb der Anlagekategorien auf eine grössere Anzahl an Unternehmen und Emittenten verteilt werden. Diversifikation reduziert so das Risiko eines Totalausfalls praktisch auf null, weil niemals alle Titel gleichzeitig in Schwierigkeiten kommen. Zudem mindert sie auch vorübergehende Kursverluste, weil sich die vielen unterschiedlichen Anlagen je nach Marktphase und je nach Einflussfaktoren anders verhalten. Während sonst grundsätzlich jede Risikoreduktion mit einer niedrigeren erwarteten Rendite einhergeht, gilt für die Diversifikation: Risikoreduktion pur – ohne Renditeeinbüsse.

Anlagefehler Nr. 4: keine klare Anlagestrategie

Ein weiterer klassischer und ebenso vermeidbarer Fehler beim Investieren besteht darin, beim Aufbau eines Portfolios mehr nach Zufallsprinzip (beispielsweise aufgrund von aktuellen Tipps oder bereits vorhandenen Titeln) als nach einer klaren Strategie zu handeln. Stattdessen gilt es, eine auf die individuellen Ziele und die Risikofähigkeit ausgerichtete Anlagestrategie zu erstellen, also eine Aufteilung des anzulegenden Vermögens auf verschiedene Anlageklassen. Der SwiPhiX liefert auch hier eine Anleitung: Für die grossen Stiftungen, die zum Index

beitragen, sind die wichtigen Klassen Aktien, Obligationen und Immobilien. Mit diesen drei Kategorien lässt sich eine ertragsbringende, diversifizierte und nachhaltige Anlagestrategie definieren und umsetzen (vgl. dazu auch den neuen Stiftungsfonds von Swisscanto/ZKB). Je nach Zielen und Bedürfnissen einer Stiftung können allenfalls weitere, sog. «alternative», Anlageklassen ergänzt werden.

Fazit

Vier einfache Grundregeln für die Verwaltung des Stiftungsvermögens:

1. Liquiditätsbedarf und -reserven realistisch einschätzen, alles weitere Vermögen anlegen. Nicht investieren ist der grösste Fehler.
2. Dazu eine klare und passende Anlagestrategie wählen. Die Risikofähigkeit ausnutzen.
3. Diese Anlagestrategie konsequent und diversifiziert umsetzen. Auf die Kosten achten.
4. Bei kurzfristigen Rückschlägen ruhig bleiben. An der Strategie festhalten.

SwiPhiX

Als Datenquelle für den SwiPhiX dienen aktuell ca. 80 gemischte Vermögensverwaltungsmandate mit einem Gesamtvolumen von ca. CHF 4 Mrd., welche von der Zürcher Kantonalbank verwaltet werden. Für die Berechnung der durchschnittlichen Performance werden alle Mandate gleich gewichtet. Aus der Verkettung der durchschnittlichen monatlichen Performance ergibt sich der Indexverlauf. Die durchschnittliche Vermögensstruktur, die dem SwiPhiX zugrunde liegt, dient als Orientierung für die Anlagestrategie des neu lancierten Stiftungsfonds von Swisscanto/ZKB (s. [zkb.ch/stiftungen](https://www.zkb.ch/stiftungen)).

Als Stiftungsrat digital am Start

Ist das Gesuchswesen erst einmal digitalisiert, folgt meist auch der Stiftungsrat mit einer digitalen Arbeitsweise. Bundesordner weichen digitalen Archiven, Sitzungen finden zunehmend hybrid statt und To-dos sind jederzeit zentral verfügbar. Doch was braucht es, damit die Einführung eines Boardmanagements gelingt?

_Autor: Stefan Schöbi

Im Zentrum einer Boardmanagement-Software stehen meist die Dokumentenverwaltung und das Terminmanagement. Die Software ermöglicht das sichere Ablegen und Abrufen wichtiger Unterlagen sowie eine übersichtliche Planung von Sitzungen, Aufgaben und Fristen. Da hierbei oftmals sensible Informationen ausgetauscht werden, spielen verschlüsselte Speicherung und ein rollenbasiertes Berechtigungsmanagement eine entscheidende Rolle.

Neue Möglichkeiten, neue Prozesse

Die digitale Dokumentenablage unterstützt Stiftungsrät:innen bei einer effizienten und strukturierten Arbeitsweise und dem raschen Auffinden der richtigen Sitzungsunterlagen. Sie ersetzt klassische Papierarchive und bietet einen verlässlichen Überblick über historische Beschlüsse und Protokolle.

Mit dem Übergang zu digitalen Arbeitsweisen etablieren sich auch neue Prozesse im Stiftungssektor. Eingegangene Dossiers und Gesuche können nun bereits vor der Sitzung digital bewertet und kommentiert werden. Einzelne Aufgaben werden unter den Gremienmitgliedern verteilt, der Stand ist zentral und transparent einsehbar. Und immer mehr Gremien entdecken die Vorteile hybrider oder sogar vollständig virtueller Sitzungen. Die Tendenz geht dabei zu häufiger stattfindenden, dafür

aber kürzeren Meetings, was auch die Bearbeitungszeiten eingehender Anfragen erheblich reduziert.

Digitale Skepsis überwinden

Die Einführung einer digitalen Boardmanagement-Lösung erfolgt erfahrungsgemäss am besten schrittweise und mit genügend Raum für individuelle Bedürfnisse. Wenn sich ein Mitglied partout gegen die digitale Arbeitsweise sperrt, sollte die Software es ermöglichen, Sitzungsunterlagen weiterhin unkompliziert postalisch zu versenden. Die Praxis zeigt, dass dies meist nur eine kurzfristige Übergangsmassnahme ist – sobald die Skeptiker:innen den Nutzen der intuitiven und nutzerfreundlichen Oberflächen erfahren haben, wird die digitale Arbeitsweise schnell angenommen. Zwar haben jüngere Mitglieder naturgemäss oft einen Vorsprung im Umgang mit digitalen Werkzeugen. Aber die Erfahrung beweist, dass intuitive Bedienbarkeit altersunabhängig ist und selbst traditionelle Nutzer:innen überzeugt – nicht auf Anhieb, mit etwas Zeit und Ruhe dafür umso mehr. Immer mehr Boardmanagement-Lösungen setzen auf Künstliche Intelligenz (KI), um Routineprozesse zu automatisieren und den administrativen Aufwand zu verringern. Dabei reichen die Anwendungen von der automatischen Erstellung vorbereiteter Protokoll-Dokumente auf Basis der Agenda über die Zusammenfassung von Vorentscheidungen bis hin

zur inhaltlichen Analyse umfangreicher Sitzungsunterlagen. Der Nutzen solcher KI-gestützter Features wird im Einzelfall oft überschätzt. Langfristig ist die Tendenz, KI gezielt und sorgfältig einzusetzen, aber unaufhaltbar. Entscheidend bleibt deshalb eine hohe Flexibilität der Lösungen, die es erlaubt, Anwendungen individuell und nach Bedarf zu nutzen. Was wirklich praxistauglich ist, wird sich erst noch weisen müssen.

Kosten, Nutzen – und Stolpersteine

Boardmanagement-Lösungen sind selten Gratis-Tools. Wer eine solide, sichere und verlässliche Plattform sucht, muss mit Kosten deutlich über 1000 Franken pro Jahr rechnen. Ambitionierte Plattformen mit breitem Funktionsumfang, Support und Sicherheitsarchitektur können je nach Anbieter:innen und Zahl der Nutzer:innen rasch fünfstelligen Beträge erreichen. Es lohnt sich daher, nicht nur auf das Preisetikett zu schauen, sondern bewusst zwischen notwendigem Kern und optionalem Zusatz zu unterscheiden. Denn in der Praxis zeigt sich: Viele sogenannte Premium-Features werden selten oder gar nicht genutzt. Was hingegen immer im Einsatz steht, sind die beiden Grundpfeiler jeder Lösung: Dokumentenmanagement und Terminplanung. Sie ermöglichen nicht nur Ordnung, sondern schaffen Transparenz, Nachvollziehbarkeit und zeitgerechte Entscheidungsprozesse. Wer

bereits ein digitales Gesuchs- oder Fördermanagement nutzt oder eine Plattform für den Austausch mit Projektpartner:innen etabliert hat, sollte sich gut überlegen, ob es sinnvoll ist, eine komplett neue Infrastruktur aufzubauen. Denn jede neue Lösung bringt auch neue Benutzeroberflächen, zusätzliche Logins und neue Fehlerquellen mit sich.

Kleiner Schritt, grosse Wirkung

Der Aufwand für die Einführung scheint manchen zu Beginn hoch – doch der Blick zurück fällt in aller Regel positiv aus. Kaum jemand, der den Schritt zur digitalen Sitzungsarbeit gewagt hat, möchte wieder zurück zur E-Mail als «Ersatz», zu wenig koordinierten Aufgaben oder sogar zu Papierbergen. Im Gegenteil: Viele Stiftungsrät:innen und Geschäftsführende berichten, sie hätten den Wechsel rückblickend schon viel früher vollziehen sollen. Denn digitale Boardmanagement-Lösungen schaffen nicht nur Effizienz, sondern sie entlasten Gremien auf eine Weise, die den Fokus wieder auf das lenkt, worum es in der Philanthropie wirklich geht – um den Blick nach vorn und um beherztes, wirkungsvolles Handeln.

Boardmanagement in der Praxis

Webinar 25.8.25, 11.00

Das Webinar bietet eine Einführung in das Boardmanagement. Der Fokus dieses einstündigen Formats liegt auf der praktischen Anwendung – und auf den Fragen der Teilnehmer:innen.



thephil.ch/EsBo25

Boardmanagement mit StiftungSchweiz

Einfach, sicher und auf die reale Praxis abgestimmt: Das integrierte Boardmanagement auf stiftungschweiz.ch wurde speziell für gemeinnützige Organisationen entwickelt – mit Fokus auf das Wesentliche.

Dokumenten- und Terminmanagement

Sitzungsunterlagen können zentral abgelegt, in Ordner organisiert und so – mit klarem Rechtemanagement und sicherem Zugriff – den Mitgliedern des Stiftungsrats zur Verfügung gestellt werden. Die Terminverwaltung ermöglicht das Planen und Einladen zu physischen, hybriden oder Online-Sitzungen – ohne Zusatzsoftware und inklusive Erinnerungsfunktionen, Agendaeinträgen und direkter Unterlagenverknüpfung. Damit fokussiert das System auf jene Funktionen, die in der Praxis täglich gebraucht werden. Eine zentrale Kommunikationsfunktion – vergleichbar mit Microsoft Teams – erleichtert dabei den Austausch zwischen Mitgliedern und reduziert den E-Mail-Verkehr schrittweise. Ergänzend steht ein Medienradar zur Verfügung, das relevante Nachrichten in den von der Stiftung bearbeiteten Themenfeldern automatisch bündelt. Ein integrierter, sicherer KI-Assistent hilft bei der Vorbereitung von Sitzungen, der Auswertung von Dossiers oder der Formulierung von Traktanden – direkt im Arbeitskontext und ohne Plattformwechsel.

Nahtlose Integration

Das Boardmanagement ist kein zusätzliches Tool, sondern Teil der Plattform stiftungschweiz.ch – und damit nahtlos verbunden mit dem Gesuchs- und Fördermanagement sowie weiteren Funktionen. Mit nur einem Login sind alle relevanten Module zugänglich, etwa die Entscheidungsansicht zu den vorbereiteten Gesuchen. Navigation und Bedienprinzipien bleiben dabei durchgängig gleich, was die Einarbeitung erleichtert.

Fair kalkuliert

Je weniger Mittel in IT-Tools investiert werden müssen, desto mehr bleibt für die eigentliche Fördertätigkeit übrig. Deshalb ist das Boardmanagement auf stiftungschweiz.ch bewusst schlank, funktional und kostentransparent gehalten. Die Grundfunktionen inklusive 10 GB Speicherplatz sind in der Partner-Stufe (CHF 1650/Jahr) bereits enthalten – ohne versteckte Zusatzkosten. Damit eignet sich die Lösung ideal für kleine und mittlere Organisationen, die ein verlässliches und praxiserprobtes Boardtool ohne unnötige Komplexität oder hohe Einstiegshürden suchen.

En. Fr. En bref
thephilanthropist.ch

En. Fr. In brief
thephilanthropist.ch



Pro Futuris: Polarisierung

Fast 38 Prozent der Schweizer Bevölkerung würden es befürworten, ihre unbeliebteste Partei vom politischen Prozess auszuschliessen – jede:r Dritte auch vom öffentlichen Diskurs. Das zeigt der dritte Teil der Studienreihe zu Polarisierung und Zusammenhalt. Zwar geben 76 Prozent an, dass der Austausch mit Andersdenkenden wertvoll sei, doch emotionale Polarisierung schwächt diesen Dialog und die Kompromissbereitschaft. Besonders bei kontroversen Themen wie Zuwanderung, Ukraine oder EU zeigt sich wenig Bereitschaft, Brücken zu bauen. Wer dagegen demokratiezufrieden ist, Vertrauen in Medien und Regierung hat und sich aktiv informiert, zeigt mehr Offenheit für Dialog und Kompromisse. Faktoren wie Geschlecht, Einkommen oder Wohnort spielen hingegen kaum eine Rolle. Die Ergebnisse werfen wichtige Fragen zum Zustand unserer Demokratie auf – und zu deren Zukunft.

Doppelt so hohe Fördersumme

Bisher ging man von einer jährlichen Fördersumme von rund drei Milliarden Franken aus, die Schweizer Förderstiftungen vergeben. Dank aktueller Daten der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht konnte das Center for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel eine neue Hochrechnung erstellen. Diese zeigt: Alleine die Förderstiftungen unter eidgenössischer Aufsicht vergeben 4,6 Milliarden Franken pro Jahr. Rechnet man auch jene Förderstiftungen dazu, die unter kantonaler oder lokaler Aufsicht stehen, ist von mindestens 6 Milliarden Franken Fördersumme pro Jahr auszugehen. Diese Neubewertung des Fördervolumens wurde im diesjährigen Schweizer Stiftungsreport vorgestellt. Die Ausgabe 2025 zeigt zudem, dass viele Stiftungen mehr sein wollen als Geldgeber:innen. Sie setzen stärker auf Partizipation, Zusammenarbeit und Feedback.

Schweiz stärkt internationales Genf

Der Bundesrat investiert 269 Millionen Franken in ein Massnahmenpaket zur Stärkung des internationalen Genf und seiner Rolle als Zentrum des Multilateralismus. Angesichts globaler Finanzengpässe bei internationalen Organisationen und wachsendem Standortwettbewerb will die Schweiz als verlässlicher Gaststaat Akzente setzen. Neben Soforthilfen umfasst das Paket auch zinslose Darlehen für Sanierungen und neue Investitionen für 2026 bis 2029. Genf soll nicht nur humanitäres Zentrum bleiben, sondern sich auch als Innovationsstandort für globale Herausforderungen wie KI oder Quanteninformatik positionieren. thephil.ch/4egt

UNHCR streicht 3500 Stellen

UNHCR muss wegen drastischer US-Kürzungen seine Einsätze weltweit massiv zurückfahren. Rund 3500 Stellen sollen gestrichen werden, darunter fast die Hälfte der Führungskräfte in Genf und in den Regionalbüros. Ebenfalls betroffen sind Programme für Gesundheit, Bildung und Grundversorgung. «Auch wenn wir mit schmerzhaften Kürzungen konfrontiert sind und so viele engagierte Kollegen verlieren, bleibt unser Engagement für Flüchtlinge unerschütterlich», sagte UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi. Trotz der Einschnitte will UNHCR effizienter arbeiten, Technologien nutzen und stärker mit Partnern kooperieren. Die Zahl der Geflüchteten hat sich in zehn Jahren fast verdoppelt – auf 122 Millionen. «Humanitäre Hilfe bringt ein gewisses Mass an Stabilität in äusserst unbeständigen Situationen. Diese Hilfe rettet nicht nur Leben, sondern vermeidet auch höhere Kosten, wenn verzweifelte Menschen gezwungen sind, auf der Suche nach Sicherheit weiterzuziehen», betont Grandi.



Christoph Merian Stiftung

Wie verändert sich die Philanthropie aus Ihrer Sicht, und was bedeutet das für Ihre Organisation?

Philanthropie bedeutet heute, sich der Komplexität unserer Zeit zu stellen – interdisziplinär zu denken, partizipativ zu agieren und nicht zuletzt offen, reflektiert und mutig Experimente zu wagen. Die Christoph Merian Stiftung (CMS) wurde 1857 «zur Linderung der Noth» und «zur Förderung des Wohles der Menschen» errichtet. Weitsichtig enthielt sich unser Stifter, Christoph Merian, weiterer Bestimmungen, «um eine zeitgemässere Verwendung der Mittel nicht zu vereiteln». Sein Testament verpflichtet uns, unser Tun immer wieder zu hinterfragen, neu auszurichten – in Bewegung und à jour zu bleiben.

Was sehen Sie als die grösste Herausforderung in Ihrer neuen Position?

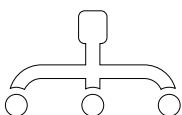
Mit dem Dreispitz besitzt die CMS ein rund 50 Hektaren umfassendes Entwicklungsgebiet in nächster Nähe zum Bahnhof Basel SBB. Im Norden dieses Areals soll ein neuer Stadtteil mit 800 Wohnungen, Grünflächen, Läden sowie Bildungs- und Freizeitangeboten entstehen. Auch auf den weiteren Dreispitz-Gebieten sowie den zahlreichen anderen Arealen unserer Stiftung sind zonenrechtliche Öffnungen oder bereits konkrete Bauprojekte in Planung.

Welche Rolle spielt Innovation in Ihrer Organisation, und wo sehen Sie Potenzial?

Innovation heisst für uns, lernfähig zu bleiben. Dazu gehört der bewusste Umgang mit neuen Tools und Technologien. Potenzial sehen wir dort, wo Technologie uns hilft, Zeit für das Wesentliche zu gewinnen: den Dialog, neue Projektideen und das gemeinsame Weiterdenken. ■



Baschi Dürr
Direktor der Christoph Merian Stiftung (CMS)
cms-basel.ch



Stanley Thomas Johnson Stiftung

Welche langfristigen Ziele haben Sie in Ihrer neuen Rolle, und wie wollen Sie diese erreichen?

Es ist mein Ziel, den Zweck der Stiftung gemäss Stiftungsurkunde zu erfüllen, gleichzeitig neue Bedürfnisse aufzunehmen und Vergabeinstrumente weiterzuentwickeln. Um dies zu erreichen, braucht es das Verständnis des Willens der Stifter:innen und seine Übersetzung in die Gegenwart, aber auch die Kenntnis der Bedürfnisse der Gesellschaft in unseren Förderbereichen.

Welche Werte sind Ihnen in der Führung besonders wichtig?

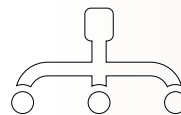
Für mich war schon immer Mut ein Wert, der mir besonders wichtig war. Mut, um mich unbequemen Antworten auf meine (unbequemen) Fragen zu stellen. Mut, dorthin zu schauen, wo es weh tut und wo Erneuerungsbedarf besteht. Mut, schwierige Entscheidungen zu treffen und/oder umzusetzen und Risiken einzugehen, die etwas kosten. Und Mut, dass wir aus unseren Fehlern lernen und echte Innovationen integrieren können.

Wie sehen Sie die Zukunft der Philanthropie in den nächsten fünf bis zehn Jahren?

Das Volumen der Beiträge der öffentlichen Hand an Projekte und Programme, die das Zusammenleben und Weiterbestehen der weltweiten Gemeinschaft gemäss den UN-Entwicklungszielen fördern, sinkt im Moment. Dies verunsichert Projektträgerorganisationen und erhöht den Druck auf übrige Finanzgeber:innen, insbesondere philanthropische Stiftungen. In zehn Jahren gibt es hoffentlich neue Zukunftsperspektiven für das Zusammenleben auf diesem Planeten, auch dank dem weitsichtigen Handeln philanthropischer Stiftungen. ■



Andrea Nagel
Geschäftsführerin der Stanley Thomas Johnson Stiftung
johnsonstiftung.ch



Online-Empowerment

Praxisnah und auf den Punkt: Essentials und Bootcamps von StiftungSchweiz

Die Empowerment-Formate stärken gezielt digitale Kompetenzen in Förderorganisationen und Nonprofits.

Essentials (1 Std., online): kompakter Einstieg in digitale Tools, verständlich und praxisnah.

Bootcamps (3 Std., online): vertiefte Auseinandersetzung mit zentralen Themen, dialogorientiert und kompakt.

Essentials sind meist kostenlos, Bootcamps kostenpflichtig. Auf Stufe Pro oder Partner ist ein Bootcamp pro Jahr und Zugang inklusive.

Digital durchstarten

Es

Essential / 24.9.25 | 9.00–10.00

Einführung Recherche

Das Webinar zeigt Ihnen, wie Sie die zentralen Werkzeuge Suche und Listen effektiv für Ihre Recherche einsetzen.



thephil.ch/EsRe25

Es

Essential / 23.10.25 | 9.00–10.00

Als Nonprofit stattfinden

Machen Sie Förderorganisationen auf sich aufmerksam und positionieren Sie Ihre Organisation oder Ihr Projekt sichtbar und vertrauenswürdig.



thephil.ch/EsNpo25

Es

Essential / 30.10.25 | 9.00–10.00

Sichtbar im Fördernetzwerk

Erfahren Sie, wie Sie Ihr Profil strategisch für präzisere Gesuche, gezieltes Scouting und den Aufbau tragfähiger Partnerschaften optimieren.



thephil.ch/EsPos25

Fundraising stärken

Bo

Bootcamp / 4.9.25 | 9.00–12.00

Gesuchswerkstatt

Lernen Sie in einem interaktiven Bootcamp, wie Sie Ihre Gesuche vollständig, überzeugend und auf den Punkt gestalten – und erfolgreich lancieren.



thephil.ch/BoGes25

Bo

Bootcamp / 18.9.25 | 9.00–12.00

Digital Fundraising

Erweitern Sie Ihr Public Fundraising um digitale Tools und maximieren Sie mit vorhandenen Ressourcen gezielt Ihre Wirkung.



thephil.ch/BoFund25

Bo

Bootcamp / 8.10.25 | 9.00–12.00

Stiftungsrecherche

Im Bootcamp legen Sie die Grundlage für Ihr institutionelles Fundraising: Identifizieren und kategorisieren Sie Förderpartner und lernen Sie das Potenzial richtig einzuschätzen.



thephil.ch/BoSti25

Wirkung entfalten

Es

Essential / 15.9.25 | 9.00–10.00

Themen und Trends im Blick

Relevantes erkennen, Entwicklungen verstehen – mit den Trendnetzwerken und KI-gestützter Medienbeobachtung sind Sie umfassend informiert und einen Schritt voraus.



thephil.ch/EsTrend25

Bo

Bootcamp / 2.10.25 | 9.00–12.00

Profilwerkstatt & SEO

Steigern Sie Ihre Sichtbarkeit im gemeinnützigen Sektor – das Bootcamp leitet Sie an, wie Sie mit gezielter SEO und KI-Tools Ihr digitales Profil stärken.



thephil.ch/BoPro25

Bo

Bootcamp / 6.11.25 | 9.00–12.00

Storytelling & Social Media

Erfahren Sie, wie Sie mit Storytelling und über Social Media Menschen erreichen und Ihre Community nachhaltig aufbauen.



thephil.ch/Bosome25



Weitere Infos und Anmeldung

empower.stiftungschweiz.ch

Neues Statistikpanel: Kontext schafft Klarheit?

Als Nachfolger des Stiftungsbarometers setzt das Statistikpanel neue Massstäbe für die Schweizer Philanthropie. Teilnehmende erhalten jährlich eine individuelle Auswertung und gewinnen damit wertvollen Kontext: Wo steht Ihre Organisation im Verhältnis zum Rest des Sektors?

„Autor: Stefan Schöbi

Der gemeinnützige Sektor in der Schweiz ist vielfältig, engagiert und stetig im Wandel – doch trotz Pionierleistungen (vgl. S. 40/Ceps) fehlt bis heute eine breit abgestützte, laufend aktuelle und ausreichend detaillierte Datengrundlage.

Konkreter Mehrwert

Genau hier setzt das neue Statistikpanel an: Gemeinnützige Organisationen und Förderstiftungen erfassen darin einmal jährlich sieben zentrale Kennzahlen. Die gesammelten Daten ermöglichen nicht nur eine aggregierte Sektoranalyse, sondern auch ein individuelles Benchmarking für jede teilnehmende Organisation. So entsteht ein datenbasiertes Gesamtbild der Philanthropie in der Schweiz – und ein konkreter Mehrwert für jede einzelne Institution.

Erhoben werden unter anderem Vermögen, Personalbestand, Fördervolumen, Zahl der Programme oder Zuwendungen sowie thematische Schwerpunkte. Nach abgeschlossener Auswertung und bei genügend breiter Datenlage erhalten teilnehmende Organisationen jährlich aktualisierte Vergleichswerte, die anonymisiert und aggregiert ausgewertet werden.

Wissenschaftlich begleitet

Das Statistikpanel ist ein Gemeinschaftsprojekt mit breiter Trägererschaft: SwissFoundations und proFonds unterstützen den Aufruf,

das Center for Philanthropy Studies der Universität Basel und das Centre en Philanthropie der Universität Genf begleiten die wissenschaftliche Auswertung. Damit steht erstmals ein Instrument zur Verfügung, das sektorübergreifend anschlussfähig ist – für operative wie fördernde Organisationen, für grosse wie kleine Trägerschaften.

Fest steht: Je mehr Organisationen mitmachen, desto präziser und nützlicher wird die Datenlage – für alle. Denn die aggregierten Ergebnisse bilden Trends, Lücken und Entwicklungspotenziale des Sektors ab. Gleichzeitig entsteht für jede teilnehmende Organisation eine Vergleichsbasis, die dabei hilft, die eigene Rolle im Feld besser zu verstehen und sie strategisch weiterzuentwickeln.

Transparenz und Sicherheit

Datensicherheit hat oberste Priorität: Alle Angaben bleiben vertraulich, werden nicht veröffentlicht

und ausschliesslich anonymisiert weiterverarbeitet. Erst wenn die kritische Zahl von 300 teilnehmenden Organisationen erreicht ist, wird das Benchmarking freigeschaltet – ein bewusst gesetzter Schwellenwert für die statistische Aussagekraft.

Die Teilnahme ist kostenlos und steht allen gemeinnützigen Organisationen mit Profil auf StiftungSchweiz offen. Wer bereits registriert ist, kann das Statistikpanel direkt im Organisationsprofil ausfüllen. Wer neu auf der Plattform ist, erstellt in wenigen Schritten ein Free-Login und beansprucht oder erstellt seine Organisation.

Jetzt registrieren
thephil.ch/freelogin



Weitere Informationen
zum Statistikpanel finden
Sie in diesem [PDF](#).



Das NPO Data Lab: Transparenz für den Philanthropie-Sektor

Mit dem NPO Data Lab steht dem dritten Sektor eine fundierte digitale Wissensquelle zur Verfügung. Die Plattform liefert kostenlos zentrale Finanzdaten und Analysen für Nonprofit-Organisationen in der Schweiz.

Kernstück des NPO Data Labs ist der Vergleichsrechner für spendenbasierte NPO: Mit wenigen Angaben können NPO ihre finanzielle Situation mit der von ähnlichen NPO vergleichen und relevante Kennzahlen erhalten. Schnell und verständlich sehen Sie, wie Ihre NPO hinsichtlich Reservequote, Overhead oder Betriebsertrag im Vergleich abschneidet. Zusätzliche Insight Storys liefern vertiefte Einblicke in zentrale Fragestellungen der NPO-Finanzwelt und geben Orientierung zu Entwicklungen und Herausforderungen.

Orientierung durch Datenvielfalt

Die zweite zentrale Datenbank ist die Stiftungsstatistik, die die Dynamik des Schweizer Stiftungswesens sichtbar macht. Nutzer:innen können Daten individuell zusammenstellen und gezielt nach Themen, Regionen oder Gründungsjahren filtern. Neben den Stiftungen lassen sich auch die über 70'000 Stiftungsratsmandate nach Kantonen oder Aufsichtsebenen analysieren. Alle Funktionen des NPO Data Labs beruhen auf wissenschaftlicher Analyse und systematischer Datenpflege – ein hoher Anspruch, der laufend neue Einsichten ermöglicht. Nutzen Sie das NPO Data Lab, um die Finanzen Ihrer NPO besser zu verstehen oder die Entwicklung des Stiftungswesens für die eigene Strategieberatung aufzubereiten!

Das NPO Data Lab

Die zentrale Plattform für hochwertige, frei zugängliche Daten zum Philanthropie-Sektor in der Schweiz wurde entwickelt vom Center for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel. Die Plattform leistet Pionierarbeit in der systematischen Erfassung, Aufbereitung und Bereitstellung von NPO-Daten.



npodatalab.ch



Freiheit oder Sicherheit – ein existenzielles Spannungsfeld

Es ist eine Besonderheit im Management von Verbänden, Stiftungen oder anderen NPO, dass die grösste Herausforderung in der Gestaltung des Ressourcenmixes besteht. Das Freiburger Management-Modell für NPO unterscheidet acht Spannungsfelder, die das Management prägen. Der optimale Ressourcenmix zwischen Selbstbestimmung und externer Unterstützung gehört dabei zu den ökonomisch relevantesten.

Mit ihrer Gründung wählt eine NPO ein Sachziel, das sie nach eigenen Vorstellungen und aus eigenen Kräften verfolgt. Darin drückt sich ihr Selbstbestimmungsanspruch aus. Sie exponiert sich damit in ihrem Umfeld und geht oftmals beträchtliche Risiken ein – sofern die Organisation nicht von Beginn an finanzstark und entsprechend hohem Vertrauensvorschuss ausgestattet ist.

Sicherheit gewinnen, Selbstbestimmung bewahren

Viele NPO schauen sich nach Unterstützung durch ressourcenkräftige Partner um, etwa indem sie vom Staat übertragene Aufgaben erfüllen. Damit schränken sie aber ihren Handlungsspielraum ein. Auch eine Marktfinanzierung wirft ähnliche Fragen auf: Soll sich die NPO in ihren Richtungsentscheidungen an ihren eigenen Werten und Traditionen orientieren? Oder soll sie sich an der Marktnachfrage und den Erwartungen ihrer Geldgeber ausrichten. Damit schränkt sie ihre Autonomie ein, verschafft sich aber mehr Gewissheit für ihre langfristige Entwicklung. Aus diesem Spannungsfeld kann sich eine NPO aus eigenen Kräften kaum befreien, sondern muss immer wieder neu nach der inneren Balance suchen.

Das kann man z. B. auch im Intensiv-Lehrgang des VMI zu «Effizientes Ressourcen-Management in NPO» lernen:



Friendly Fire

Während der Gemeinnützigkeitssektor auf kantonaler Ebene mit tatkräftiger Unterstützung der FDP politischen Aufwind erhält und dadurch bedeutende Kantone den eigenen Stiftungsstandort fördern wollen, sich Bundesbehörden international für die Interessen der Stiftungen und NPO einsetzen und das Parlament angemessene Ausnahmen für gemeinnützige Organisationen von unpassenden Gesetzen vorsehen, torpediert die FDP auf Bundesebene erneut den Gemeinnützigkeitssektor.

Es tat sich viel im Sektor in den letzten Jahren. Neben zwei Gesetzesrevisionen hat der Kanton Zürich Anfang 2024 seine restriktive Praxis bezüglich Honorierung von Stiftungsräten und Vereinsvorständen angepasst und fördert nun bewusst den Stiftungsstandort Zürich. Federführend war die FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh. In Basel und Genf bestehen solche Initiativen bereits seit mehreren Jahren, ebenfalls immer unter tatkräftiger Unterstützung der Liberalen. Auch im Kanton Luzern wurde jüngst eine solche Initiative lanciert. Initiatorin: die FDP Luzern.

Daneben haben wir als Verbände zusammen mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) erreicht, dass gemeinnützige Stiftungen und NPO vom Automatischen Informationsaustausch in Steuersachen auch nach den Vorgaben der OECD ausgenommen werden. Die administrative Mehrbelastung wäre andernfalls enorm gewesen. Zudem konnten wir im Parlament erreichen, dass gemeinnützige Stiftungen und NPO von der Eintragungspflicht in das sog. Register der wirtschaftlich berechtigten Personen befreit werden, schlicht weil weder Stiftungen noch NPO solche Personen haben.

In all den aufgezählten Fällen haben sich Parteien, Behörden und Parlamentarier für den Gemeinnützigkeitssektor eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund erscheint die von der FDP am 19. Dezember 2024 eingereichte Motion mit dem Titel «Stärkung der Gemeinnützigkeit steuerbefreiter Organisationen» umso mehr als Friendly Fire. Denn diese hat ein Ziel: Gemeinnützige Organisationen verlieren entweder ihre Steuerbefreiung ganz oder teilweise, was für diese existenziell ist, oder sie entscheiden sich dafür, nicht mehr am politischen Diskurs teilzunehmen. Damit sollen gemeinnützige Organisationen von diesem ausgeschlossen werden, was zu einer Verarmung des demokratischen Dialogs führt.

Wir setzen uns daher mit Verve dafür ein, dass die Motion – wie vom Bundesrat beantragt – abgelehnt wird.

Profonds

Jetzt zum Schweizer Stiftungssymposium anmelden

Das Stiftungssymposium ist das grösste Branchentreffen des Schweizer Stiftungssektors. Es wird jährlich von SwissFoundations, dem Verband der Schweizer Förderstiftungen, organisiert. Dieses Jahr findet es am 3. September im Kursaal Bern statt.

MISSION POSSIBLE: Gemeinsam Unmögliches möglich machen, das ist der diesjährige Ansatz des Schweizer Stiftungssymposiums. Das Programm des grössten Schweizer Branchentreffens im Stiftungssektor widmet sich der Frage, wie Stiftungen dazu beitragen können, aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen.

14 interaktive Räume

Die 14 Sessions schaffen interaktive Räume, um die Rolle von Stiftungen zu reflektieren. Dazu gehören Themen wie u. a. die Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung und Stiftungsrat, Organisational Development oder Strategic Foresight. Wir freuen uns auf die diesjährigen Redner:innen! Unter anderem begrüssen wir Hans Schöpflin (Schöpflin Stiftung), Patricia Danzi (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA), Michael Bruter (London School of Economics and Political Science) und Evi Allemann (Regierungsrat Kanton Bern). Zusätzlich können Sie an den Thementischen mit anderen Teilnehmenden ins Gespräch kommen.

Das Stiftungssymposium dient als Ort der Begegnung, zur Weiterbildung sowie als Plattform für aktuelle und zukunftsweisende Themen der Philanthropie. Jetzt anmelden und einen Platz in den gewünschten Sessions sichern. Die Platzzahl ist begrenzt.



www.stiftungssymposium.ch

SwissFoundations

Von der Forschung zur Praxis: MAS Philanthropy der Universität Genf

Der erste Studienjahrgang des Executive Master of Advanced Studies (MAS) Philanthropy an der Universität Genf hat die mündliche Verteidigung erfolgreich abgeschlossen und wird im Dezember 2025 offiziell diplomiert. Dies ist ein wichtiger Meilenstein in einem Programm, das darauf abzielt, das philanthropische Ökosystem durch rigoroses und praxisorientiertes Lernen zu stärken.

Der MAS ist auf Fachpersonen zugeschnitten und hilft, das Fachwissen zu vertiefen, das kritische Denken zu schärfen und die Theorie mit der Praxis zu verbinden. Die Studierenden haben entweder eine Masterarbeit geschrieben oder ein Praktikum in einer philanthropischen Organisation absolviert und sich dabei mit Themen befasst wie:

- Private Banking und philanthropische Partnerschaften
- Ethische Herausforderungen bei der philanthropischen Forschungsförderung in der Schweiz
- Soziale Verantwortung von Unternehmen und Unternehmensstiftungen
- Politik und Praxis im Bereich der psychischen Gesundheit in den Vereinigten Arabischen Emiraten
- Impact Investing
- Stiftung für Waisenkrankheiten

«Wir sind unglaublich stolz auf die Leistungen unserer Studenten. Ihre Abschlussarbeiten bieten neue Perspektiven und konkrete Beiträge zu einem widerstandsfähigeren, ethischeren und innovativeren philanthropischen Sektor», so die Co-Direktor:innen Danièle Castle, Laetitia Gill und Prof. Giuseppe Ugazio. Die Teilnehmenden beschreiben das Programm als intensiv und transformativ. Dieser Universitätsabschluss festigt ihr Wissen, eröffnet neue Karrierewege und vermittelt nach den Worten eines Absolventen Inhalte, die «pures Gold» sind. Die Absolvent:innen treten nun als selbstbewusste, reflektierte Fachleute in die Praxis ein – ausgestattet mit aktuellem Wissen, praktischer Erfahrung und einem tiefen Verständnis für die Herausforderungen der Philanthropie. Sie sind bereit, einen sinnvollen – und unmittelbaren – Beitrag zur Entwicklung des Sektors zu leisten.

Mehr erfahren
thephil.ch/mas25



UNIVERSITÉ
DE GENÈVE

Welches KI-Modell? Souverän entscheiden.

Nicht jede Aufgabe verlangt nach derselben KI. Wer modellübergreifend denkt, bleibt unabhängig – und holt mehr aus künstlicher Intelligenz heraus.

Gemeinnützige Organisationen stehen vor der Frage: Welches Sprachmodell (LLM) eignet sich für welche Aufgabe – und wie lässt sich Abhängigkeit vermeiden? GPT-4o überzeugt im Dialog, DeepSeek bei Textanalysen, Gemma 3 durch Effizienz. Die Wahl hängt von Kriterien wie Genauigkeit, Datenschutz, Sprachkompetenz, Energieverbrauch, Geschwindigkeit oder Kosten ab.

Was brauchen wir wirklich – und wann?

Wo Ressourcen begrenzt sind, lohnt sich ein bewusster Umgang: Welche Aufgabe erfordert wirklich ein Topmodell? Wann genügt ein leichtgewichtiges Modell? Und welche Daten dürfen wohin fließen?

KI-Modelle sind Energiefresser. PeakPrivacy setzt deshalb auf effiziente Open-Source-Modelle wie Mistral oder Llama Swiss, die im Vergleich deutlich weniger Rechenleistung benötigen und auf Schweizer Servern betrieben werden. Auch Datenschutz ist in der Philanthropie ein zentrales Anliegen. PeakPrivacy erlaubt, Modelle nach Sicherheitsstufen zu wählen. Personendaten und sensible Projektinformationen bleiben bspw. auf Schweizer Servern, DSGVO/DSG-konform.

PeakPrivacy bietet dafür eine modellunabhängige Lösung: Je nach Anwendung kann das passende Modell ausgewählt und der Prompt gezielt platziert werden. Für Stiftungen und NPO heisst das: mehr Effizienz, mehr Kontrolle – und KI, die sich an den Bedarf anpasst, nicht umgekehrt.

Mehr zum Angebot unter
www.peakprivacy.ch



 PeakPrivacy

Impressum

Publishing details
thephilanthropist.ch

THEPHILANTHROPIST

Die Schweizer Philanthropie im Dialog
 online unter thephilanthropist.ch

HERAUSGEBERIN

Philanthropy Services AG
 Centralbahnstrasse 10, 4051 Basel
stiftungschweiz.ch
willkommen@stiftungschweiz.ch
 T +41 61 278 93 83

VERLAGSLEITUNG Claudia Dutli,
claudia.dutli@thephilanthropist.ch

CHEFREDAKTION

Susanne Sugimoto, Takashi Sugimoto,
redaktion@thephilanthropist.ch

GESAMTVERANTWORTUNG

Stefan Schöbi, stefan.schoebi@stiftungschweiz.ch

GESTALTUNG UND LAYOUT

Peter Kruppa (Creative Director Studio Edit), Melanie Cadisch, Israel Moreno

WEBMAGAZIN

Claudia Dutli

ANZEIGEN/

MEDIENPARTNERSCHAFTEN

inserate@thephilanthropist.ch

KORREKTORAT U. ÜBERSETZUNGEN

Supertext AG

MEDIENPRODUKTION –

DRUCK UND VERTRIEB

AVD Goldach AG

ABONNEMENTE UND AUFLAGE

THEPHILANTHROPIST erscheint dreimal
 pro Jahr in De/Fr/En. Auflage 10'000.
 Printausgabe und Webmagazin
thephilanthropist.ch

JAHRESABONNEMENT

3 Ausgaben/Jahr zu 52 Franken zzgl.
 2,5 Prozent MwSt. und Versand innerhalb
 der Schweiz und Liechtensteins. Das
 Jahresabonnement ist für Kund:innen
 von StiftungSchweiz Bestandteil gewisser
 Leistungspakete. Kontakt:
willkommen@stiftungschweiz.ch

© Philanthropy Services AG, 2025

Abdruck – auch auszugsweise – nur mit
 Quellenangaben gestattet.
 Die Philanthropy Services AG lehnt jede
 Haftung für falsche oder unvollständige
 Informationen ab.

Zustellung: Änderungen bitte dem
 Kundendienst melden:
office@stiftungschweiz.ch

Follow us on:



Gedruckt
 in der Schweiz

Ausgezeichnet:



Agenda

Veranstaltungen & Bildung | Événements & formation | Events & education

26. August 2025

Nationale Tagung BGM

Die Nationale Tagung für betriebliches Gesundheitsmanagement 2025 findet im Kursaal Bern statt zum Thema Altersdiversität & Unternehmenskultur: Vielfalt als Schlüssel zum Erfolg.
thephil.ch/bgm25

28. August bis 31. Oktober 2025

CAS Wirkungsmanagement in NPO

Der Zertifikatslehrgang des Center for Philanthropy Studies CEPS in Basel vermittelt kompakt die Grundlagen wirkungsorientierter Projektplanung, Wirkungsmessung und Kommunikation für NPO.
thephil.ch/45cep

3. September 2025

Stiftungssymposium 2025

SwissFoundations organisiert das Schweizer Stiftungssymposium 2025 im Kursaal Bern. Das diesjährige Thema lautet «Mission Possible».
thephil.ch/3NXe

9. September 2025

Philanthropie am Mittag

Im Online-Austausch wird der sinnvolle Einsatz von Künstlicher Intelligenz in gemeinnützigen Organisationen diskutiert.
thephil.ch/48mu

25. bis 26. September 2025

Research Conference

Die 12. International Research Conference des European Research Network On Philanthropy ERNOP in Heidelberg behandelt das Thema «Philanthropy by the people, for the people?».
thephil.ch/3O98

25. bis 27. September 2025

Kompaktseminar

Better Foundation Governance organisiert das Kompaktseminar für angehende und aktive Präsident:innen und Stiftungsratsmitglieder gemeinnütziger Stiftungen in Basel.
thephil.ch/fba25

1. Oktober 2025

1. Zürcher Stiftungsforum

Zum internationalen Tag der Stiftungen lädt der Verein Stiftungsstandort Kanton Zürich zum 1. Zürcher Stiftungsforum ein – einer Plattform für Austausch und Vernetzung zwischen Förderstiftungen und Behörden unter dem Motto «Kollaboration schafft Wirkung».
thephil.ch/zhfor

18. November 2025

Schweizer Stiftungstag 2025

SAVE THE DATE: Der Schweizer Stiftungstag 2025 findet in Aarau statt.
thephil.ch/ssstag25

zkb.ch/stiftungen

Sie haben viel zu geben. **Wir auch.**

Zum Beispiel unseren neuen Anlagefonds speziell für gemeinnützige Stiftungen und Vereine.
Er ist nachhaltig, einfach und kostengünstig.



Zürcher
Kantonalbank